

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1208, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Wahltag
31. Juli

Stabschef,
Arbeiter, Ange-
hörige, Dresden,
Innsold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsbehörden

Der Inhalt von Schriften irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einschub höherer Gewalt, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keine Ansprüche

Abonnementspreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Reben, Blüten, Ranken“ sowie der illustrierten Wochenbeilage „Der Sonntag“ monatlich 2,40 M., einjährig 24 M., vierteljährig 6 M., den „Sonntag“ 2 M., einjährig 20 M., vierteljährig 5 M., halbjährig 10 M., auswärts Post- und Zustellungsgebühren.

Schreibleitung: Postfach Nr. 10, Bernauerstr. 25 261, Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Verlagsleitung: Postfach Nr. 29 201 u. 12 707, Sprechstunde von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Druckerei: Die 80 mm breite Nonpareilzeile 25 Pf., die 60 mm breite Reflamzeile 2 Pf., für auswärts 40 Pf. u. 2,00 M., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienangelegenheiten, Stellen- u. Mietgesuche 20 Pf. netto. Für Briefniederleg. 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 131

Dresden, Dienstag, den 7. Juni 1932

43. Jahrgang

Hitlers Schuld

Painlevés Irrtum

- und eine dumme Dege

Ein Vertreter des Frankfurter Generalanzeigers hatte mit dem bekannten französischen Politiker Painlevé, der jetzt Luftfahrtsminister geworden ist, eine Unterredung über das Reparationsproblem. Herr Painlevé, der bekanntlich den Vorschlag der Schaffung einer sogenannten Ausgleichskasse gemacht hat, gab zu, daß gegenwärtig Deutschland nicht zahlen könne, und daß das Fortbestehen der Reparationsforderungen die Beziehungen zwischen beiden Ländern vergifte. Aber wenn Frankreich auf seine Forderungen verzichte, so sei zu befürchten, daß das von den Lasten befreite Deutschland in einen Konflikt mit dem Ausland einträte, der für die jetzigen Gläubiger Deutschlands eine schwere Gefahr bedeute. Um einen Schutz der Gläubigerstaaten zu schaffen, habe er die sogenannte Wohlfahrtskasse vorgeschlagen, und es sei ein Wohlfahrtsindex notwendig, nach dem sich die Zahlungen Deutschlands zu richten hätten. Das beste Mittel für die Wohlfahrt eines Landes ist nach Painlevés Meinung der Verkehr. Wenn die deutschen Verkehrsmittel, Eisenbahn und Handelschiffahrt, in ein internationales System einbezogen würden, so sei eine Gewähr vorhanden, daß im Falle eines starken Ausfließens der deutschen Wirtschaft auch die anderen Staaten teilnähmen.

Painlevé sieht offenbar die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht richtig. Er irrt sich, wenn er glaubt, daß dann die deutsche Konkurrenz für die Gläubigerländer besonders gefährlich ist, wenn Deutschland von seinen Lasten befreit wird. Das Gegenteil ist richtig. Braucht Deutschland jahraus, jahrein große Mengen Devisen, um seine Verpflichtungen gegenüber den Gläubigerstaaten zu erfüllen, muß es die größten Anstrengungen machen, um seine Ausfuhr nach Möglichkeit zu steigern. Gerade deswegen ist ja das Reparationsproblem so schwer zu lösen, weil die Gläubigerstaaten deutsche Zahlungen zwar gern haben möchten, aber im Interesse ihrer Industrie nicht wünschen, daß die deutsche Ausfuhr zu groß wird. Und auf die Dauer kann Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nur mit Hilfe eines großen Ausfuhrüberflusses erfüllen.

Was Painlevé über die Beteiligung der Gläubigerstaaten an den deutschen Verkehrseinrichtungen gesagt haben soll, ist reichlich unklar. Gegen eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrswezens wäre grundsätzlich nichts einzuwenden. Frankreich hat Ueberfluth an Kapital, während in Deutschland Kapitalmangel herrscht. Es könnte für die deutsche Volkswirtschaft unter Umständen sehr erwünscht sein, wenn französisches Kapital in Deutschland angelegt würde. Sie mehr Frankreich an dem wirtschaftlichen Gedeihen Deutschlands interessiert ist, um so eher kann man auch hoffen, daß der gefährliche politische Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich gemildert und schließlich beseitigt wird. Und damit wäre für die Sicherung des Weltfriedens sehr viel gewonnen.

Natürlich wird von unseren echt deutschen Leuten schon wieder in Entrüstung gemacht, weil der böse Painlevé Deutschland wirtschaftlich niederhalten wolle. Die Leute müssen bei jeder Gelegenheit plärren, plärren und wieder plärren, und jetzt vor den Reichstagswahlen haben sie erst recht ein starkes Bedürfnis nach nationalistischen Behauptungen. Will man doch mit dem Aufsteigen der nationalistischen Leidenschaften Wahlgeschäfte machen. Vernünftig aber wäre es, nüchtern zu prüfen, ob Deutschland nicht an die Vorschläge Painlevés anknüpfen und auf diese Weise versuchen könnte, eine auch für Deutschland nützliche deutsch-französische Verständigung zu erreichen.

Bolz über Nazimut

Stuttgart, 6. Juni. (Fig. Draht.) Staatspräsident Bolz äußerte sich auf einer oberbayerischen Tagung der Zentrumsjugend auch über den Regierungswechsel im Reich. Er sagte u. a.:

„Wenn eine so zusammengesetzte Regierung wie das Kabinett von Papen der Ausdruck der nationalen Volksgemeinschaft sein soll, dann sind wir alle samt und sonders verkauft. Wenn die Nationalsozialisten diese Regierung der Großpartei“ dulden und nicht verlangen haben, selbst in der Regierung vertreten zu sein, so beweist das nur, daß sie zu feige sind, um im jetzigen Augenblick die Verantwortung zu übernehmen.“

Bolz schloß mit der Feststellung, daß die Zeit kommen werde, wo man das Zentrum wieder rufen werde, weil man es brauche.

Hakenkreuz und Freiherrnkron

Mit zur Verantwortung und zu programmatischer Klarheit war bis heute noch nie die starke Seite der Hitlerischen Demagogiepartei. So verschwommen und vieldeutig wie ihr Programm, ist jetzt wieder ihre Haltung zum Kabinett der Nazis. Die Nazisparte kann zwar nicht bestreiten, daß sie mit diesem Kabinett sympathisiert, aber sie versucht, so zu tun, als ob die Hitlerianer dafür keine Verantwortung hätten.

Dieses verlogene Spiel muß während des Wahlkampfes entlarvt werden. Die Verantwortung der Hitler-Partei für die Regierung der Monstrel ist ganz unzweideutig und klar. Die sogenannte „nationale Opposition“ hat alle Mienen springen lassen, um die Regierung Brünning zu stürzen. Wer eine Regierung stürzt, trägt nach alter politischer Ueberlieferung selbstverständlich auch die Verantwortung für die Folgen.

Zweitens haben Nazis und Deutschnationale mit Herrn von Schleicher bereits stille Vereinbarungen getroffen, die über den Wahlkampf hinausgehen und die Regierungszusammensetzung nach den Wahlen betreffen. In den nächsten Tagen wird das Verbot der braunen Reaktionsgarden von der neuen Regierung aufgehoben werden. Es ist die erste Erfüllung der mit den Nazis getroffenen Abmachungen, und verschiedene der Herren im Kabinett stehen dem Hakenkreuz ja so nahe, daß diese Verwandtschaft von Herren wie von Wahl usw. gar nicht bestritten wird.

Drittens: die Papensche Regierungserklärung wird von der Nazispresse freundlich hingenommen. Das Dresdner Naziorgan gibt die antisoziale Regierungserklärung brav kommentarlos wieder. Der Haß gegen die Sozialpolitik, der Angriff auf den „Wohlfahrtsstaat“ — das alles sieht diese „Arbeiterpartei“ nicht an. Ein Teil der Nazispresse spricht bei einer Betrachtung über dieses staatsreaktionäre Programm einiges von Gott, von christlicher Weltanschauung, vom Kampf gegen den Marxismus. Aber über praktische Fragen, die dem armen Teufel auf den Nähten brennen, wie Sozialversicherung, Arbeitslosenunterstützung, Löhne und Steuern — darüber wagen Hitlers Pressekolonnen nicht zu reden. Nie ist eine Junterregierung, nie ist ein Kabinett der Krut- und Schlot-

barone in Deutschland so freundlich und mit so viel Sympathie aufgenommen worden wie das Kabinett der Barone von der Hitlerischen Arbeiterpartei.

Viertens: in Bayern hat sich bisher nur eine einzige Stimme für die Papensche Regierungserklärung ausgesprochen: der Bälische Beobachter. Hitlers Leibjournalist, der Walte Rosenberg, bekundet dort in einem Artikel, wie eng sich seine baltische Denkweise mit der der bayerischen Barone verbunden fühlt. Freudig verkündet er, daß Papens Phrasen von der „moralischen Vermählung des deutschen Volkes“, vom Kulturbolschewismus, von der christlichen Erneuerung dem nationalsozialistischen Agitationslexikon entnommen seien. Wo also, was wollt ihr denn mehr? Worin unterscheidet sich die braune Demagogie nun eigentlich vom Kabinett Papen? Ueber bloße Phrasen und leere Versprechungen sind ja die Nazis auch nicht hinausgekommen.

Der Vormärts nannte dieses idyllische Verhältnis kürzlich sehr richtig ein stilles Bündnis zwischen Hakenkreuz und Freiherrnkron. Im Zeichen dieses Bündnisses findet der Wahlkampf statt. Es hat seinen Zweck, daß die Nazis plötzlich und mit heuchlerischer Miene so tun, als seien sie an allem, was jetzt geschieht, unschuldig. Die Hitler-Partei hat der Auflösung des Reichstags begeistert zugestimmt. Sie war davon erfreut, daß Papen vor dem Reichstag sein Programm zu entwickeln brauchte. Die Hitler-Partei hat es gewollt, daß dieses Kabinett vom alten Reichstag nicht gestürzt werden konnte. Nun ist es im Amt, nun sieht es für einige Monate fest, nun wird es Politik treiben, und wie! Nun dürfte das höchste außenpolitische Vorbild, das die Regierung Brünning schonte, bald in Trümmern liegen, und im Innern werden wir die Feindschaft der Baronsregierung gegen die Sozialpolitik und ihre Leidenshaft für neue Massenbelastungen erleben.

Das haben die Nazis geduldet, das haben sie gefördert. Einen Sturz dieser unreaktionären Regierung haben sie unmöglich gemacht! Die Hitler-Partei trägt neben den Deutschnationalen für all das die volle Verantwortung, und im Wahlkampf wird ihr feiges Ausweichen und Verschleiern gebührend angeprangert werden. rgr.

Gegen Verdunklung der Wahrheit!

Brünings Antwort an Papen

Der Reichskanzler und die übrigen Mitglieder der früheren Reichsregierung veröffentlichen folgende Erklärung:

„Die neue Reichsregierung hat in ihrer Antrittserklärung schwere Vorwürfe gegen die bisherige Regierung erhoben.

Der sachlichen Auseinandersetzung vor der Volksvertretung hat sie sich entzogen.

Das deutsche Volk wird es darum verstehen, wenn wir auf diesem Wege dem Versuch, die Wahrheit zu verdunkeln und die Verantwortlichkeit zu verschoben, entgegenzutreten.

Wohin gehen die Vorwürfe? Die Finanzen seien erschüttert, die Sozialversicherungen bankrott, die Reformen über schwache Ansätze nicht hinausgeführt und das staatliche Leben nicht an die Armut der Nation angepaßt.

Was ist Wahrheit? Bei seinem Amtsantritt vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinett Dr. Brüning eine gewaltige schwebende Schuld vor. Dazu kam eine Weltwirtschaftskrise, die sich von Monat zu Monat verschärfte, die Währungen zerrüttete und die für das durch Kriegsverlust und Kriegsfolgen ohnehin geschwächte Deutschland besonders scharfe Wirkungen haben mußte. In einer Zeitspanne, in

der der Außenhandelsumsatz der Welt von 31 Milliarden Dollar auf rund 15 Milliarden Dollar herabsank und als automatische Folge eine ungeheure Arbeitslosigkeit in der gesamten Kulturwelt bewirkte, war es — immer die Zusammensetzung einer Regierung sein mochte — unmöglich, die deutsche Volkswirtschaft von dieser rückläufigen Bewegung abzuriegeln.

Anderer Staaten haben in den letzten Jahren entweder von Reserven gelebt, die Deutschland fehlten, oder neue Schulden großen Stils gemacht, was für Deutschland sachlich falsch und praktisch ausgeschlossen war. In derselben Zeit mußte die Sanierung von Banken, Industriewerken, Schiffahrtsgesellschaften und zahllosen Genossenschaften in Handwerk und Landwirtschaft unter Anwendung von Hunderten von Millionen Mark durchgeführt werden.

In dieser Lage haben wir in den Jahren 1930 bis 1932 die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als 6 Milliarden Mark gedrosselt. Das sind nicht „schwache Ansätze“, wie es die Erklärung der neuen Reichsregierung darstellt. Die tatsächliche „Anpassung an die Armut der Nation“ ist weitestgehend erfolgt und in dem Haushalt jedes einzelnen

Intrigenpiel um Preußen

fähig geworden. Die Regierung hat der Gesamtheit des Volkes Opfer zugemutet, um in den außenpolitischen Verhandlungen freie Hand zu bekommen im Kampfe gegen die Reparationslasten und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Das ist, nach dem Urteil aller Sachverständigen, in großem Ausmaß erreicht worden. Dabei wurde die Währung trotz allen Stürmen sicher behauptet, dabei hat sich die schwebende und langfristige Schuld des Reiches nicht vermehrt.

Das Kabinett Brüning ist aus dieser Arbeit herausgerissen worden, als es die Vorbereitungen für die Sicherung des Etatsjahres 1932/33 für Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendet hatte. Gleichzeitig waren die finanziellen und technischen Maßnahmen getroffen, um bis zu 600000 Menschen in Notstandsarbeit und freiwilligem Arbeitsdienst Brot und Arbeit zu verschaffen und in einem umfassenden Sieblungsplan weiteren Volkserlebens Hoffnung auf Lebensrückhalt auf eigener Scholle zu eröffnen. Durch das Scheitern dieser Pläne ist der Ablauf des Sanierungswerkes in einem entscheidenden Augenblick jäh unterbrochen.

Diese Tatsachen sprechen mit unerbittlicher Klarheit gegen die Behauptungen der neuen Regierung.

Wir haben nicht nur „eine Bilanz gefordert“, sondern sie zu allen Zeiten und in jeder Lage tatsächlich gezogen und dem deutschen Volke in aller Deutlichkeit vorgelegt.

Wir haben kein Trümmersfeld geschaffen, sondern unter schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt.

Das Kabinett Brüning hat gegen die zerstreuten Strömungen im Lande alle Kräfte aufgebieten. Es hat dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung zur Bekämpfung der Gottlosenpropaganda zur Unterschrift vorgelegt. Die letzte geistige Ueberwindung dessen, was an zerstreuten Kräften innerhalb des deutschen Volkskörpers wirksam ist, wird weniger durch geschäftliche Maßnahmen als durch überzeugten und überzeugenden christlichen Tatwillen der einzelnen erfolgen. Mit politischen Mitteln allein ist keine christliche Volkskultur zu schaffen.

Wir haben im Sinne der von uns vertretenen christlichen Staatsauffassung es als vornehmste Aufgabe betrachtet, unvermeidliche Opfer in möglicher Gleichmäßigkeit zu verteilen. Es wird Aufgabe des Landes sein, darüber zu wachen, daß die von uns geleistete Arbeit vor Verfall bewahrt und so weitergeführt wird, wie es die Wohlfahrt des gesamten Volkes und nicht das Sonderinteresse von Parteien und kleinen Gruppen fordert.

Wahl am 31. Juli

Der Reichspräsident hat am Montag durch Verordnung den Termin für die Neuwahlen des Reichstags auf Sonntag, den 31. Juli, festgesetzt.

Wenn die Reichsregierung entgegen ihren anfänglichen Absichten den spätest zulässigen Termin für die Neuwahlen gewählt hat, so hat das seine bestimmten Gründe. Die Herren sind sich ihrer Sache, eine sichere Mehrheit ohne Zentrum zu schaffen, so wenig sicher, daß sie neuerdings auch die Splittergruppen der Mitte, wie das Landvolk, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, in ihre Rechnung einschalten. Ihnen soll durch die Hinanschiebung der Wahl bis zum 31. Juli die Möglichkeit gegeben werden, nach einer zu erstrebenden Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen agitatorisch noch genügend wirken zu können. Als Preis für dieses Zugeständnis haben sie sich für den Fall, daß sie im neuen Reichstag Mandate erlangen, von vornherein an die Regierung der Hitler-Barone verkaufen müssen!

Aber was wird, wenn die Rechnung der Nazi-Barone sich als falsch erweist und sie in der Minderheit bleiben? In diesem Falle — so bemerkt die schwerindustrielle Berliner Deutsche Allgemeine Zeitung am Montag — wird überlegt werden müssen, ob eine neue Auflösung des Parlaments herbeigeführt wird. In der Tat spielen die gegenwärtigen Machthaber mit einem derartigen Gedanken. Nach der Reichsverfassung kann das Parlament nur einmal aus dem gleichen Grund aufgelöst werden. Man hat deshalb, um gegen ein Mißtrauensvotum des neuen Reichstags von vornherein gewappnet zu sein, den verlossenen Reichstag mit der Begründung auflösen lassen, daß er dem Volkswillen nicht mehr entspricht. Damit haben sich die Nazi-Barone für den Fall, daß ihnen das Mißtrauen in dem neuen Parlament ausgesprochen wird, die Hintertür für eine nochmalige Auflösung offengehalten. Ob der Reichspräsident dieses Spiel mitmachen wird, ist eine andere Frage. Vorläufig hat Hindenburg erklärt, daß er Verfassungsverletzungen nicht dulden werde.

30 : 30

Keine Nazimehrheit in Mecklenburg-Schwerin

Schwerin, 6. Juni. (Eig. Drahtb.)

Das vorläufige amtliche Ergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin ist am Montag mittag bekanntgegeben worden. Die Nationalsozialisten haben danach ein weiteres Mandat, also insgesamt 30 Mandate, erhalten. Auch die Kommunisten erhielten ein weiteres Mandat. Im einzelnen weist das Ergebnis folgendes Bild auf:

		Mandate
Sozialdemokraten	108 858 (124 922)	18 (30)
Kommunisten	96 962 (27 644)	5 (8)
Nationalsozialisten	177 029 (77 088)	30 (4)
Arbeitsgemeinschaft d. Mitte (Staatsp.)	7 595 (8 096)	1 (2)
Deutschnationale	82 875 (80 874)	5 (11)
Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger (Volks-, Wirtschaftspartei, Christl.-soz. Landvolk)	7 482 (40 412)	1 (12)
Soz. Arbeiterpartei	952 (—)	(—)

Damit haben die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit nicht erreicht. In dem neuen Landtag sitzen den 30 Nationalsozialisten 30 Abgeordnete der übrigen Parteien gegenüber, darunter 18 Sozialdemokraten.

Dem alten Landtag gehörten 52 Abgeordnete an. Der neue Landtag besteht aus 60 Mitgliedern.

Seute beginnen zwischen dem Reich und Preußen die bereits seit mehreren Tagen vorgezeichneten Verhandlungen über finanzielle Probleme. Die Reichsregierung hat anscheinend die Absicht, diese Verhandlungen auf das politische Gleis zu schieben und Zugeständnisse davon abhängig zu machen, daß der Landtag schnellstens einen Ministerpräsidenten schwarz-brauner Couleur wählt. Man orafelt deshalb bereits davon, daß der Landtag nicht erst am 22. Juni — wie bisher vorgesehen — sondern schon zu Beginn der kommenden Woche zusammenzutreten werde.

Wir halten es für durchaus möglich, daß die Regierung der Hitler-Barone so zu verfahren beabsichtigt. Die Regierung Braun ist den Herren ein Dorn im Auge. Sie betrachtet sie als eine direkte Gefahr. Aber so einfach, wie sich die Pappenheimer um Schleicher die Dinge vorzustellen scheinen, liegen sie nicht. An dem Versuch, Zentrum und Nazis in Preußen Hals über Kopf zusammenzubringen, kann sie ebensowenig jemand hindern, wie das Zentrum gezwungen werden kann, sich mit den Nationalsozialisten vor einen Karren spannen zu lassen. Am allerwenigsten scheint uns Herr von Papen dazu berufen, von dem es heißt, daß er in der ungedenkten Richtung „gewisse Verhandlungen“ zu führen beabsichtigt. Wir könnten uns nach der politischen Entwicklung der letzten Tage und nach der Empörung, die im Zentrum gegenüber Herrn von Papen herrscht, jedenfalls vorstellen, daß die maßgebenden Instanzen dieser Partei nicht einmal seiner Einladung folgen würden.

Zunehmend scheint sich hinter dem Versuch der Nazi-Barone, das preußische Zentrum für eine schwarz-braune Koalition gefällig zu machen, eine bestimmte Absicht zu verbergen, gegen die schon jetzt mit aller Schärfe Front gemacht werden muß. Indem man der Regierung Braun die erforderlichen finanziellen Zuschüsse mit der Begründung verweigern möchte, daß das Reich nur einer Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit irgendwelche Hilfe gewähren lassen will, diese Regierung aber auf absehbare Zeit nicht zustande kommt, hofft man die Voraussetzungen für die Einsetzung eines Reichskommissars schaffen zu können. Man sieht, mehr als für die eigenen finanziellen Sorgen interessieren sich die Pappenheimer dafür, wie sie weiter Partisanen zerstückeln können.

Der Plan, in Preußen einen Reichskommissar einzusetzen, widerspricht der Verfassung. Er wäre glatter Verfassungbruch. Die ordnungsmäßige Verwaltung Preußens ist durch die geschäftsführende Regierung Braun in vollem Umfange gewährleistet. Solange das der Fall ist, ist

für die Einsetzung eines Reichskommissars eine verfassungsmäßige Grundlage nicht gegeben.

Urlaubsreise des Ministerpräsidenten

D. Berlin, 7. Juni. (Eig. Funk.)

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun hat am Montag einen Urlaub angetreten und Berlin verlassen. Zu seinem Vertreter hat er den Wohlfahrtsminister Dietrich besetzt. Dieser führt von nun an als dienstführender Minister den Vorsitz im geschäftsführenden Kabinett.

Braun hat vor dem Zusammentraten des neuen Landtags bereits erklärt, daß er nicht etwa gewillt sei, als geschäftsführender Präsident monatlang zu amtieren und so den politischen Gegnern den Vorwand für die Legende zu bieten, die Regierung Braun kammere sich an die Macht. Braun hat eine Frist von 14 Tagen als ausreichend für die Durchführung der Wahl eines neuen Ministerpräsidenten bezeichnet. Diese Frist ist abgelaufen.

Die Minister Severing und Grimm, die beide dem Reichspräsident folgen wollen, sind von ihm gebeten worden, noch auf ihren Posten auszuharren.

Gegen Vergewaltigung des Rechts

Im Preußischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, in dem das Staatsministerium aufgefordert wird, die richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Beamten vor Einschüchterungen und Bedrohungen wirksam zu schützen und die Unabhängigkeit der Rechtspflege auch in Zukunft für Preußen sicherzustellen. In dem Antrag heißt es u. a.:

„In der zweiten Sitzung des Preußischen Landtags vom 25. Mai 1932 hat der Abg. Dr. Freidrich Beschwerde geführt, daß Staatsanwälte in Potsdam, und Landfriedensbruchprozessen gegen nationalsozialistische Angelegenheiten die dem Weisheitsgemäß entsprechenden Strafverfahren stellen. Daraufhin hat der Abg. Rabe, Vorsitzender der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, geäußert: Die preußischen Staatsanwälte müßten zu 90 Prozent wegen Rechtsbruchs in den Anklageauftrag verurteilt werden.“ Diese Worte entsprechen der seit längerer Zeit von der nationalsozialistischen Presse geübten Taktik, solche Richter und Staatsanwälte, die in Prozessen gegen Nationalsozialisten nicht das Parteinteresse der Nationalsozialisten, sondern den allgemeinen Rechtsstandpunkt vertreten, durch Schimpfworte und Drohungen einzuschütern. Hierfür ist in dem Punkte „Justizdämmerung“ eine Reihe markanter Beispiele aufgeführt. Durch die fortgesetzte Behrohung pflichtgemäß handelnder Justizbeamter soll offenbar erreicht werden, daß diese in Zukunft nicht mehr wegen, nach Pflicht und Gewissen ihre Funktionen als Richter bzw. Staatsanwälte zu erfüllen.“

Berliner SPD. kampfbereit

Breitscheid gegen das Kabinett der Nazi-Barone - Die Hoffnungen auf Lausanne zerklagen - Begeisterte Kampfstimmung der Berliner Arbeiter

D. Berlin, 7. Juni. (Eig. Funk.) Die Berliner Sozialdemokratie hielt am Montag abend im Saalbau Friedrichshain eine Funktionärkonferenz ab, die einen wichtigen und glänzenden Verlauf nahm. Reichstagsabgeordneter Dr. Rudolf Breitscheid und Landtagsabgeordneter Ernst Heilmann sprachen über „Die augenblickliche politische Situation und die Aufgabe der Arbeiterklasse“. Seit den Revolutionsstagen war noch keine Funktionärversammlung so überfüllt wie die von gestern abend. Der Riesensaal war brechend voll. Auch die Emporen waren überfüllt, und bis weit über die Vordämme hinaus staute sich die Menge. Kampfsgeist und Zurechtfindung charakterisierten die Versammlung.

Mit dem Parlament — so führte Breitscheid im wesentlichen aus — ist eine unwürdige Komödie gespielt worden. Nur der äußerliche parlamentarische und verfassungsmäßige Schein ist bei der Verfassung des Herrn von Papen gewahrt worden. Die Schuld daran trifft nicht den Reichspräsidenten, sondern die unverantwortlichen Ratgeber hinter ihm, die Männer hinter den Kulissen, die seit Wochen die neue Regierung vorbereiten. Die Quertreibereien gehen aus dem Großgrundbesitz, der immer höhere Zuschüsse aus der Offiziere erzielen wollte, von den Inflationisten, die durch Geldentwertung ihre Schulden loswerden wollten, und den Industriellen, die alle Kräfte der Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse legen wollten. Wenn mit dem Parlament eine Komödie gespielt wurde, dann rüht das auch daher, daß weite Teile des deutschen Volkes zu wenig Interesse für den Inhalt der Verfassung haben und das Gut der Demokratie zu gering schätzen. (Zustimmung.) Hinzu kommt, daß im September 1930 große Parteien ins Parlament kamen, die die Demokratie verneinen. Ein Parlament hat nur Macht, wenn es sich selbst bejaht. Brüning hatte im Parlament zu geringe n Rückhalt, und deshalb stützte er sich auf das Vertrauen des Reichspräsidenten. Als er dies verlor, wußte er fallen. Heute ist mehr denn je das Wort Lassalles wahr, daß Verfassungen kein Stück Papier, sondern Ausdruck der Machtverhältnisse sind. Wenn Lassalle auch die Kanonen des Königs ein Stück Verfassung nannte, so müssen wir heute sagen, auch die Reichswehr ist ein Stück Verfassung, und zwar ein sehr mächtiges. (Leb. Zustimmung.)

Die Siege des neuen Kabinetts stand im feudalen Herrenklub. Kennen wir auch die Absichten des Kabinetts noch nicht im ganzen, so ist doch schon seine Zusammenfassung eine Herausforderung an das Volk.

Herausgefordert werden nicht nur Volk und Arbeiter, sondern auch das Ausland.

Washington und Moskau, die Pole der Außenpolitik, empfangen das Kabinett von Papen mit großen Sorgen und Bedenken. Das Ausland weiß über die Vergangenheit des Herrn von Papen nur zu gut Bescheid. Ist dieses Kabinett geeignet, das für deutsche Kredite so nötige Vertrauen zu gewinnen? Nichts wäre wichtiger als das, denn nur auf der Basis dieses Vertrauens ist der Wiederaufbau möglich. Die bisherige Papen-Regierung schafft kein Vertrauen. Sie hat den Reichstag aufgelöst, weil sie nicht den Mut hatte, vor das Parlament zu treten. Neuwahlen mit ihrer aufregenden Wahlkampagne, die begleitet sein werden von Ausfälligkeiten der SA-Formationen, sind nur geeignet, den deutschen Kredit zu erschüttern. Der erste Schritt dieser Regierung war ein Stoß gegen die Wirtschaft (Kuruz: „Das nennt sich national!“) Mit dem Wort „national“ ist man leicht bei der Hand, wenn man etwas verdecken will. Man spekuliert auf das Zentrum. Man hat sich aber getäuscht, denn das Zentrum steht in dem Sturz

Brünings einen Verstoß gegen Treu und Glauben. Als die Regierung ihre Irrtümer sah, löste sie auf. Nach sehr langen Ueberlegungen hat sie jetzt den Termin der Neuwahlen auf den 31. Juli festgelegt. Nun, wir Sozialdemokraten waren und sind zu jedem Zeitpunkt bereit. (Stimm. Beifall.) Von uns aus kann in 14 Tagen gewählt werden! (Erneute Zustimmung.) Aber auch der späte Zeitpunkt ist uns recht. Die Regierung wird sicher wunderlich tun, was wir vermehren können. Ihr Kampf richtete sich gegen die Notverordnungspolitik, und sie beginnt mit einer neuen Notverordnung. Wir werden sie daran sehr kräftig erinnern. Wir wissen bereits mehr von dieser Regierung. Sie ist antisozial bis auf die Knochen.

Schon vor längerer Zeit hat Herr von Papen seine Ablehnung aller Tarifverträge und seinen uneingeschränkten kapitalistischen Standpunkt baren gelegt.

Die Regierung spricht vom „Wohlfahrtsstaat“. Meint sie den Wohlfahrtsstaat, der Millionen und aber Millionen der Industrie angeschultert hat, der Millionen und aber Millionen dem Wohlfahrtsbesitz gab, der Millionen und aber Millionen für die Fürstenabfindung hatte? Nein — nur die Arbeitslosen, die Kranken, die Invaliden will man erretten. Man sagt, daß man mit der ganzen Welt Frieden haben wolle. Das ist sehr schön, aber was will die Regierung von Papen? Wir wissen es aus dem Herrenklub: Man will eine Verständigung mit Frankreich gegen Rußland, man scheint aber nicht zu wissen, daß es keinen Arbeiter gibt, wie er auch zu Sowjetrußland steht, der einem solchen antirussischen Abenteuer seine Zustimmung geben würde. (Minutenlanges Beifallstürmen.)

Kein Wort sagt man in dem Aufzug von den sechs Millionen Arbeitslosen, kein Wort zur Sicherung der hantierten Gemeinden. Wie steht Dittler zur Regierung von Papen? Ich bin überzeugt, daß Herr von Schleicher nicht ohne Dittler gehandelt hat. Es besteht ein Einverständnis über den Wahltermin hinaus. Der große Kampf beginnt nach den Wahlen, wenn die Regierung sich hart genug fühlt, das Parlament zu verlagen.

Proletarier haben für Hitler gekämpft, damit eine Handvoll Barone regiert.

Das müßte genügen, um Klarheit zu schaffen. Wir gehen in den Kampf im Gefühl unserer Kraft und sind bereit Freiheit und Leben in die Schanze zu schlagen. Unter der Siegfriedsflagge! (Langer stürmischer Beifall.)

Heilmann, der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion, teilte zu Beginn seiner Ausführungen mit, daß sich Herr von Papen, der neue Reichskanzler, Nationalsozialisten und Zentrumselemente bereits einladen habe, um gemeinsam mit ihnen die Regierungsbildung in Preußen zu besprechen. Nun, so betonte Heilmann, wenn sich Nazis und Zentrum vorher nicht fanden — mit Herrn v. Papen werden sie bestimmt nicht einig werden. Wer ist denn eigentlich dieser Herr v. Papen? Eine Episode aus einer preußischen Vergangenheit. Vor zwei Jahren bemühte sich der Herr beim Ministerpräsidenten sehr nachdrücklich um die Stelle des preußischen Gesandten in München. Das wäre allerdings die geeignete diplomatische Wirkungsstätte für ihn gewesen. (Zustimmende Heiterkeit.) Seine Ernennung ist nicht an dem Widerspruch der Sozialdemokratie gescheitert, aber seine eigene Partei hielt nichts davon.

Die Haltung der Nazis bei den Vorbereitungen zur Umbildung der preußischen Staatsregierung konnte einen Hund jammern.

Ein solcher Grad von Gedankenarmut ist im politischen Leben Preußens noch nicht dagewesen. Was sie als ihr Pro-

WEISSE WOCHE

Liegestühle ohne Arm- und Beinstütze, guter Bezug 225	Liegestühle mit Arm und Beinstütze, guter Bezug 450	Tische rund, Beine mit Peddigrohr umwickelt 55 cm 3.50, 50 cm 290	Wäschetrohen Peddigrohr, gepolstert, gerade Form 295
Porzellan-Kaffeeservice m. kl. Fehlern, 9teilig, dekoriert, komplett 195	Butterkühler mit Glaseinsatz, gutes westdeutsches Fabrikat... Stück 35	Obertassen echt Porzellan, m. Goldrand, groß, Stück 10	Weinkelche Mathilde, grün, auf weißem Fuß 6 Stück zusammen 95
Porzellan-Speiseteller flach oder tief, mit kl. Fehlern, Stück 20	Satz Schüsseln Steingut, 6teilig, dekoriert, zusammen 95	Kaffeeteller echt Porzellan, gebauht, fein dekoriert Stück 16	Weinkelche grün, gemustert, auf weißem Fuß, Stück 25
Porzellan-Abendbrotteller 19 cm, mit kleinen Fehlern Stück 10	Speiseteller flach od. tief, dekoriert, 6 St. zusammen 95	Kaffeekannen echt Porzellan, mit Goldrand, Stück 95	Likörkelche optisch, auf hohem Fuß 6 Stück zusammen 95
Porzellan-Schüssel-Satz 7teilig, dekoriert zusammen 95	Kakaokrüge echt Porzellan, mit vernickelt. Deckel 95	Glasschüsseln gepreßt, 19 1/2 cm, schönes Muster, Stück 25	Wasserbecher glatt, mit Rundboden, groß Stück 10
Porzellan-Teekannen lein dekoriert 50	Spargelplatten oval, 33 cm, mit bunter Kante, Stück 95	Glas-Kompotteller 14 cm, verschiedene Muster, 6 Stück zusammen 35	Milchsatten glatt weiß, 1/2 Liter fassend Stück 10
Porzellan-Butterglocken modern dekoriert Stück 50	Tortenplatten Steingut, 32 cm, mit Früchtedekor, St. 75	Glas-Reiseflaschen mit Aluminium-Trinkbecher Stück 35	Honiggläser 1 Pfd. fassend, mit Schraubdeckel, Stück 10
Steingut-Waschbecken mit Krug, creme 2teilig, zusammen 95	Waschgarnitur 6teilig, mit Goldrand und Handhabe zusammen 490	Einkochapparat verzinkt, mit Einsatz, 6 Federn und Thermometer komplett 390	Einkochapparat emailliert, mit Einsatz, 6 Federn und Thermometer komplett 590
Hängematten mit 2 starken Anbindestriken zus. 95	Emaille-Eimer weiß, Rumpf und Fuß aus einem Stück 68	Emaille-Maschinentöpfe gest., Satz 3 Stück, 10, 12, 14 cm, zus. 95	Gas-Spirituskocher mit Mess.-Ballon u. Brenner, Stek. 290
Bohnerbürsten reine Borsten 5 Kilo 3.00 4 Kilo 240	Emaille-Teigschüssel 36 cm, grau, mit 2 Fallgriffen ... Stück 95	Aluminium-Flötenkessel 3 Liter 1.75 , 2 Liter 295	Eßbestecke Kunsthorn, Messer rostfrei, Gabel verchromt Paar 95
Klosettbürsten „Union“ groß, mit Ring Stück 45	Emaille-Toiletteneimer gestanz, weiß, mit Rohrbügel 295	Fuß-Badewanne rund, ca. 36 cm, Holzstoff Stück 295	Elektrische Platte mit Aufsteller, 2 Jahre Garantie, Stek. 375
Gewürzschrank mit 7 Schubkästen Stück 50	Emaille-Mülleimer weiß, mit Deckel und Aufschrift, Stück 175	Garten-Gießkannen 8 Liter fassend, Weißblech Stück 95	Fleischmühle verzinkt, gutes Fabrikat Stück 390
Fußbank „Buche“ lackiert, sehr stabil Stück 50	Emaille-Brotkasten weiß, gestanz, 3 Kilo fassend ... Stück 695	Garten-Gießkannen innen und außen lackiert, 8 Liter fassend, Stück 165	Passiermaschine 18 cm, verzinkt, mit Drehling .. Stück 95
Kleiderbügel rob, ohne Steg, 42 cm Stück 4	Emaille-Waschbecken weiß, gestanz, mit Napf, 32 cm 50	Gebäckkasten weiß lackiert, fein dekoriert Stück 95	Alum.-Wäschespränger gerillt, groß Stück 25
Alum.-Gas-Backform „Küchenlob“ mit Glas 4.75, ohne Glas 350	Emaille-Maschinentöpfe gest., Größe 9-18 cm, 6 Stück zusammen 275	Volks-Badewanne 170 cm, lein verzinkt Stück 975	Waschkörbe aus weißen Weiden, stabil gearbeltet 95

MESSOW & WALDSCHMIDT WILSDRUFFER STRASSE

Robert Richter
Schlosser
* 17. Februar 1847 † 7. Juni 1932
Dresden, Wilsdrufferstraße 37, Erb-
den 7. Juni 1932.
In stiller Trauer:
Die Hinterbliebenen.
Die Einäscherung findet Freitag nachmittag 3.30 Uhr
im Krematorium zu Tolkewitz statt. (b 474)

Fahrschule
der Kraftverkehr Freistaat Sachsen
A.-G., Münchner Straße 3, Ruf 4401. (b 361)

Die Revolutionen Europas
Volksbuchhandlung
Wettinerplatz 10

Die große Funkillustrierte
für das schaffende Volk:

VOLKSFUNK
Reich illustrierter Textteil,
mit großem Europaprogramm

VOLKSFUNK
Erscheint wöchentl., 48 Seiten
stark, in Kupfertiefdruck

VOLKSFUNK
Durch die Austräger der Volksztg.
pro Monat 96 Pfennig

Probanummern an Radiohörer kostenlos
Volksbuchhandlung, Dresden A
Wettinerplatz 10

Luftbad Cotta
Stendeb. 18 u. 20 (b 533)

Worren Wittwoch
60 Jahre!
Paul Wiede, Viehhofstr. 15

Fahrräder
von 54 M. an, mit
Garantie.
Zubehör
Radio
Werkzeuge
Billigste
Preise.
Spezialhaus
Wettinerstraße 12
(Trotz) (b 33)

Möbeltransporte
Schiffbrunnen 1299
sowie Aufzug aller Art
nach vorläufigem Angebot
Paul Geier, Dr.-Rößler-
Gasse 20, Ruf 11816

Altpapier
faulst (b 628)
Papierfabrik Weber & Bissel
Vishofplatz 10, Ruf 26422

Blumensträußen 35
Klein- und Großblumen
25, 30, 50 J
Gold- u. Silbersträuße
3.50 J (b 361)
Blumenblumen 10 J
an Seiten immer bei

**Hesse, Schell-
kerbe 12**
ent. 1.-4. Quart.

Bruno Kühne
Ottendorfer • Oheisa
verfacht: Illegis, Rob-
mot, Währen Jacob,
Hallenlamp, Sultus
mitte, Reichhagen-
Zeitung sowie alle sonst
Viterzeur.

Brenn- und Nugholz
meist Stimmung des Vorgesetzten direkt veräu-
mert zu verkaufen. Verkauf findet statt: Dienst-
tag, Donnerstag, Freitag und Sonnabend,
von 9 bis 4 Uhr, Bremer Straße 35. (b 472)

In der Nähe des Dresdner Hauptbahnhofs
ist eine
beschlagsnahmefreie
Wohnung
sofort zu vermieten
bestehend aus 6 Zimmern, Küche,
Vorsaal, Bad und Zubehör. Frieden-
smiete 1050 M. Anfragen unter
W. 291 an die Exped. d. Blattes.
Interiert in der Dresdner Volkszeitung

Verichtigung. Wir nehmen Verantwortung, darauf hinzuwirken,
daß die Telefon-Nummer des weitbekanntesten
Inhalatoriums Dresden
(Apotheker Karl Walthers) nicht 1487, wie im letzten Inserat
angegeben, sondern **10487** lautet.

Donaths Neue Welt
Straßenbahn 19, 119 und 22 (b 168)

Jeden Mittwoch ab 4 Uhr:
Kaffee-Konzert mit Tanz
im Garten oder Saal - Eintritt und Tanz frei - Ab 7 Uhr:
REUNION - Eintritt einschl. Tanz und Steuer 50 Pf.
Beide Veranstaltungen bei schlechtem Wetter bestimmt im gr. Saal.

Beachten Sie die Inserate der Volkszeitung

Erstaunlich billig ...
— nur für unsere Mitglieder —

Schweineschmalz
Für nur **39** Pf. je Pfd.

KVD Konsumverein

VORWÄRTS

Dresdner Chronik

Der Unterschied

Wenn Ritter Bert von Krachtensee
Millionengelder einliefert,
Weil man den Herrn von Kopf bis Zeh
Mit deinem Steuergeld saniert,
Dann ist das, Mensch, — verschuld' dich nicht,
Verdammt vaterländ'sche Pflicht!

Wenn ein Prolet, der am Verreden,
Den fetten Stempelgroßen schludt,
Nur das gerechten Horn erweckt,
Und also liest man dich gedruckt —
Da geht der Volkstrotz aus dem Leim,
Der Staat ist doch kein Wohlfahrtsheim!

Rurt Kaiser-Wütth.

Naziärzte und Proletariat

Der größte Teil der deutschen Ärzte ist heute auf die Krankenassenpraxis angewiesen und findet seine Existenz in der Behandlung der Arbeiter und Angestellten. Auch die zahlreichen offen oder verdeckt nationalsozialistischen Ärzte, die das Proletariat hassen und verachten. Im Völkischen Beobachter und in gleichgerichteten Blättern findet sich folgende Zujerat:

Es wird bekanntgegeben:

Jedes Parteimitglieds selbstverständliche Pflicht ist es, im Erkrankungsfall die Ärzte in Anspruch zu nehmen, die sich offen zur Bewegung bekennen, keinesfalls aber der Bewegung gleichgültig oder gar feindselig gegenüberstehen oder gar feindschaftliche Ärzte. Es liegt im eigenen Interesse aller Parteimitglieder, wenn sie sich im Erkrankungsfall in Verbindung mit dem Parteimitgliede durch die politische Zusammengehörigkeit nahestehernder Ärzte begeben. gez. Vormann.

So propagieren die Nazis überall: Kauft nicht bei Juden, kauft nicht in Warenhäusern, nicht im Konsumverein, geht nicht zu jüdischen Ärzten! Da kann es für die Millionen freigewerkschaftlich organisierter und sozialistischer Krankenkassenmitglieder in jahrzehntelanger bewährter proletarischer Solidarität nur eine Parole geben: Unterstützt nicht die Feinde des Proletariats, die nationalsozialistischen Ärzte!

Im Autobus mit den Naturfreunden

Kamenz-Dulowitz

Es ist nun schon seit langem eine angesehene Sache, daß die Naturfreunde zu ihren Autobusfahrten schönes Wetter haben. So war es auch wieder am vergangenen Sonntag. Durch die grauen, trüben Regentage der letzten Woche zwangte sich mit strahlend sonnigem Gesicht der Sonntag.

Der Reiz der Pfefferkuchen galt diese Fahrt. In den frühen Morgenstunden rollten die Wagen unter den schattigen Kanarien der Moritzburger Allee nach dem Schloße. Dort hielt sich der schöne Schloßpark mit den majestätischen Eichen vom grünen Laub der Bäume ab. In diesem Schloße entlagte in den Novembertagen 1918 der letzte Schicksalstag der Regierung.

In reicher Abwechslung zieht die Landschaft vorüber. Bald erfreute sich das Auge an der spiegelnden Fläche eines Teiches, bald am dunklen Schein des Waldes, am satten Grün der Felder und an dem bunten Blumentempel der Wiesen. Auf einwachen ruhigen Landstrichen, weitab vom Verkehr, ging die Fahrt durch das hübsche Land. Das helle, freundliche Heim der Naturfreunde in Sienas nahm die Teilnehmer zur Frühstückspause auf. Eine Besichtigung der Räume und des anliegenden Geländes schloß sich an.

Die Weiterfahrt führte an der Grenze des Laufitzer Jagelandes hin nach Kamenz, der Stadt der Tuchweber und Töpfer. Hier hatten die Teilnehmer Gelegenheit, in einer Tachfahrt den Weidegang einer Wiese vom Zupfen der Wolle bis zur Freilegung zu verfolgen. Als die Maschinen in Gang gesetzt wurden, bot sich ein ansehnliches Bild vom herrlichen Stand der Technik. Ein Gebläse, und es beginnt zu rumpeln und zu spinnen, zu spulen und zu weben, ohne daß dabei noch ein Mensch nötig wäre. Im Gegenlag dazu steht die Töpferlei. Der Besuch einer solchen zeigt, wie dieses Handwerk sich seit Jahrhunderten noch dem gleichen einfachen Geräte bedient. Hiermit kann man dem Töpfer zusehen, der, über der drehenden Scheibe gebückt, mit seinen Händen den Ton formt. Es sieht so spielend aus, wenn er mit der nackten Hand in den unförmigen Tonlampen fährt. Die graue Wölle weilt sich zur Schüssel, sie streckt sich zum Becher, zur Wase, Formen entziehen, der Ton fügt sich dem Willen des Töpfers, und ein Stück reißt sich neben das andere.

Nach der Mittagspause beschloßen ein Rundgang durch die Stadt und ein Besuch des in duftender Blütenpracht stehenden Hofbergs den Aufenthalt in Kamenz. Und nun nach Dulowitz, Wärsger Lutz durchzieht die Wälsche, in der die Kunstigen, die einen Rahmen entziehen. Kann sich jemand vorstellen, daß man ohne Pfefferkuchen aus Dulowitz wieder heimfahren kann? Als die Teilnehmer dann in den späten Nachmittagstunden zum letzten Male an diesem Tage das Auto bestiegen, zog leise großartig ein Gewitter über die Scherbensteine. Doch kein Regen konnte mehr die erlösenden Stunden trüben.

Die nächste Fahrt findet am 19. Juni statt. Heber Hauptstadt nach Leipzig und zurück über den Waldenburger. Die Besichtigung der Stadt sowie einiger Wäder und ihrer Oasen. Anmeldung bis zum 14. Juni in den schwarzen Stellen. Jahrespreis 6,20 Mark.

Ein falsches Schuldbekenntnis

Strafverfahren mit Komplikationen

Im Oktober 1931 beurteilte das Schöffengericht Dresden einen 26 Jahre alten Korrespondenten D. wegen versuchten Verleumdungsbetrugs zu zwei Monaten Gefängnis. Die Straffache hatte eine seltsame Vorgeschichte. Da war im August ein Polizeibericht erschienen, der einen nächtlichen Einbruch in ein Ladengeschäft meldete, eine ansehnliche Beute an Herrensätzen und Damenkrämpfen anführte und vor Anlauf des Diebesgutes warnte. Dieser Bericht führte auf eine Anzeige des D., der jenes Geschäft für seine Mutter führte und dann vor Gericht beschuldigt wurde, daß er den Einbruch vorläufige, um in den Besitz der Versicherungssumme zu gelangen. Um die Zeit des angeblichen Einbruchs hatte D. ein Inserat veröffentlicht, wonach ein großer Posten von Herren- und Damenkrämpfen für Wiederverkäufer zum Verkauf stehen sollte. Die Anzeige sah darin einen bluff, durch den D. einen bedeutenden Warenbestand zu dokumentieren gedachte, um sich nachher auf diesen Umstand berufen zu können. D. hat ein Täuschungsmanöver anfangs bestritten, dann vor der Polizei und bei einer richterlichen Vernehmung ein Geständnis abgelegt und es schließlich vor Gericht

Dreißig Jahre Dresdner Volkshaus

Am 7. Juni 1902 wurde das große (erste) Dresdner Volkshaus, das Eigentum der Arbeiterschaft, eingeweiht. Es kann also heute auf einen dreißigjährigen erfolgreichen Bestand zurückblicken.

Als am 30. September 1890 das Sozialistengesetz, das alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft Deutschlands zerstören sollte, nach zwölfjährigem Bestehen beseitigt wurde, machte sich unter der Arbeiterschaft, die sich inzwischen trotz aller polizeilichen Schikanen, wiederholter Auflösung von Vereinen usw. vom Zusammenbruch in Wahl- und lokalen Gewerksvereinen nicht hatte abhalten lassen, sofort das Bestreben geltend, sich wieder in Reichsorganisationen zusammenzuschließen. Dies gelang denn auch ziemlich rasch, und so trug sich bereits seit den Jahren 1892/93 die Dresdner Arbeiterschaft mit dem Gedanken, für ihre und ihrer Organisationen Bedürfnisse ein Volkshaus zu errichten. Aber dazu gehörten Geldmittel, die man nicht so schnell aufzutreiben vermochte, denn alle Organisationen waren doch noch verhältnismäßig schwach. Endlich Anfang April des Jahres 1902 waren Parteiorganisation und Gewerkschaften so weit, die öffentliche Propagierung des Volkshausprojekts und das Ausstreuen der nötigen Gelder im Ernst in die Hände nehmen zu können. In einer fürbesuchten Versammlung im Trianon — einem Versammlungsort, das man sich durch Bierdurstpögen die Gamsbrunnbrauerei noch unter dem Sozialistengesetz erobert und dafür der Schreiber dieses sechs volle Wochen lang wegen „groben Unfugs“ zu verbüßen hatte — wurde eine offene Handelsgesellschaft gegründet zum Zwecke eines Volkshausneubaus, und es wurden zu deren Geschäftsführern die Genossen Karl Sandermann (für den 5. damaligen Wahlkreis), Friedrich Quarebiller und Hofmann (Metallarbeiter) bestellt. In dieser „Volkshauskommission“ saßen für den 4. und 6. Wahlkreis die gleich Sandermann nun auch schon verstorbenen Genossen Winkler und Höppler sowie noch eine größere Zahl heute zum Teil ebenfalls verstorbenen Gewerkschaftsvertreter.

Und es war höchste Zeit zum Handeln gewesen, denn bereits am 4. Mai desselben Jahres kam das erst wenige Jahre vorher erbaute Hotel Zum Schwan in der Ribbenbergstraße unter den Hammer, und die Kommission griff sofort zu und erlangte das recht passende Objekt. So hatte man ohne viele Vauentwürfschmerzen sofort ein für alle vorläufigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft genügendes und für ein einzustufendes Lokal erworben. Als bester Geschäftsführer des Betriebes wurde der nach Vorfahrtige Geschäftsführer jetzt im wohlverdienten Ruhestand lebende Genosse Westphal angestellt. Bereits am 7. Juni konnte unter allgemeiner Beteiligung und großer Begeisterung der Dresdner Arbeiter die Eröffnung, insbesondere des Restaurationbetriebes, vor sich gehen.

Die Lokalitäten reichten für Hotel-, Herbergs- und Bürobetrieb aus, denn es gab damals in Dresden nur erst gegen 3000 politisch und 18 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, und manches „Büro“ befand sich damals noch in der Wohnung des Ortsvorstehenden oder Kassierers. Jedoch die Einsicht und die Ent-

schiedenheit der wenigen, von denen viele persönlich durch Übernahme von Schuldscheinen große Opfer brachten, bewirkten das Gelingen der neuen Einrichtung, wodurch zugleich auch die Organisationen gestärkt wurden.

Nach zehnjährigem Bestehen des Volkshauses musterten die Dresdner Gewerkschaften fast 85 000 Mitglieder, und deshalb hatte sich schon seit langem eine Vergrößerung des Volkshauses als notwendig erwiesen. So konnten bereits 1908 die beiden Nachbargebäude in der Ribbenbergstraße künstlich erworben und für Gewerkschaftszwecke eingerichtet werden. Büros wurden erweitert und neue eingerichtet. Im ersten Jahre des Bestehens (1913) konnte man dann das gesamte Areal der Clausche Gewerkschule erwerben — vier Hausgrundstücke mit Hinterhäusern, von denen die am Schützenplatz liegenden zwar abbruchreif waren, jedoch einem Neubau weichen sollten. Und davon fiel bereits 1914 dem ersten (vierstöckigen) Neubau zum Opfer; dieser selbst aber wäre beinahe ein Opfer des ausgebrochenen Krieges geworden. Jedoch der Energie der Genossen gelang es, den Bau bis zum 1. April 1915 fertigzustellen. Durch die neuen Parterrelokale war auch die äußerst notwendige Vergrößerung des Restaurationbetriebes möglich. Ferner konnte die erste Etage des „Mutterhauses“ kleinere Versammlungsorte aufnehmen.

1922, zwanzig Jahre nach der Gründung, schied sich die Volkshausgenossenschaft im West von acht Grundstücken, in denen 40 Gewerkschaftsbüros untergebracht waren. Aber der Mitgliederzuwachs erforderte weiter: Räumlichkeiten. Also ist man 1929 die verfallenen Häuser am Schützenplatz nieder, nachdem man mit vieler Mühe die 42 Parteien, die sie bewohnten, anderweit — und besser — untergebracht hatte. Im September legte man den Grundstein zu dem letzten siebenstöckigen, mit dem Konferenzsaal im sechsten Stock und mehreren Dachgärten versehenen Neubau, den man genau nach Jahresfrist beziehen konnte. Hier wurde auch wieder der der früheren Raumnot gewidmete Hotelbetrieb eingerichtet.

So ist nun am Schützenplatz — da auch mehrere Gewerkschaften in der Nähe eigene Bürogebäude aufgeführt haben — ein ganzes Gewerkschaftsviertel entstanden, wobei der Trianonsaal nicht zu vergessen ist, als der größten von Arbeitern verwalteten Versammlungsorte, mit dessen Siegern man in ein festes Verhältnis getreten ist. Diese ganze Zentrallinie für Arbeiterinteressen, die auch zur Verschönerung des einst nicht gerade ansehnlichen Stadtviertels beiträgt, ist ganz allein der Energie der Arbeiterschaft und ihrer Funktionäre zu verdanken. Insbesondere der bestverdienenden und im höchsten Maße ergötzen Promie in Ehren zu gedenken hat die Dresdner Arbeiterschaft alle Ursache. Aber wir sind überzeugt, daß auch die jetzt Wirkenden, Mitglieder wie Funktionäre, in Zukunft alles aufwenden werden, nicht allein das Erreichte zu erhalten, sondern auch, vielleicht im schwereren Kampfe, neue Erfolge den alten hinzuzufügen. 16.

miderrufen. Die Verhandlung verlief indes durchaus zugunsten des Angeklagten; und das Schöffengericht gelang auf Grund einer Reihe von Umständen die volle Überzeugung, daß D. sich des versuchten Verleumdungsbetrugs schuldig machte.

Inzwischen legte D. Verurteilung ein. Sie war erfolglos. Das Landgericht kam zu dem gleichen Resultat wie das Schöffengericht und erhöhte sogar die Strafe auf vier Monate Gefängnis. Erfolglos war dann auch die Revision. Nunmehr erließ die D. ein Wiederaufnahmewerk. Im Zusammenhang damit aber stand jetzt die Strafverfolgung eines Verduldigen St., dem vor dem Landgericht zur Vollstreckung verurteilt wurde, daß er D. injizieren begünstigte, als er, St., sich fälschlicherweise eines Einbruchs bezichtigte, um D. die Wiederaufnahme des Verfahrens zu ermöglichen. In der Verhandlung war der eigenartige Umstand zu verzeichnen, daß ein Angeklagter etwas begangen haben wollte, das Gericht aber nicht daran glaubte, obwohl eine eingehende Schilderung vorlag. Wie St. behauptete, hatte er von der Verurteilung des D. erfahren und sein Gewissen erleichtern wollen. Die Erzählung des Angeklagten wurde als völlig ungläubhaft befunden, nicht zuletzt auch wegen eines Widerspruchs in der Aussage. Das Gericht war vielmehr überzeugt, daß zwischen St. und D. eine Vereinbarung bestand.

In der Verhandlung nun, die mit der Verurteilung des St. wegen Begünstigung zu zwei Monaten Gefängnis endete, ist D. als Zeuge aufgetreten. Er sagte auch nach eindringlichsten Vorhalten aus, daß es sich keineswegs tatsächlich um einen Einbruch gehandelt habe, und desdemor das. Die unmittelbare Folge war die Verhaftung des Zeugen wegen Meineidsverdachts!

Die Straffache dürfte nun noch ein Nachspiel vor dem Schwurgericht finden. Annehmbar wird dann St. vor einem Wd stehen.

Ein Kunstwerk befehlet. Die kürzlich auf dem Platz Altstadt aufgestellte Sandsteingruppe „Spielender Kinder“ ist schon nach einigen Tagen verschmudht und durch eine Aufschrift „Gebt uns Brot statt Steine“ verunreinigt worden. Die Entfernung des Gelfarbenanstrichs wird erhebliche Kosten verursachen. Das Kunstwerk stammt von der Hand eines schmerzkräftigsten Künstlers, den die Stadt durch diesen Auftrag aus Mitteln einer Kunststiftung, deren Verwendung für andere Unterhaltungsarbeiten nicht möglich ist, von schwerer Sorge befreit hat. Die Täter, deren Ermittlung eingeleitet ist, dürfen nicht bestraft haben, daß neben der Erfüllung eines oft geäußerten Wunsches, auch den Wessern der Stadt mit Bildwerken zu schmücken, durch künstlerische Aufträge auch Brot geschafft wird. Wenn solcher Schmudh öffentliches Ansehen oder unbedingten Angriffen nicht auch durch Abwehrung des Publikums geschützt wird, muß die Stadtverwaltung weitere Aufträge und Anläufe zum Schaden notleidender Künstler unterlassen.

Der Arbeitsschulgarten. Der pädagogische Reformwille hat auch den Schulgarten der Idee der schaffenden Kinderarbeit unterstellt. Der ehemalige biologische Schulgarten hatte die Aufgabe, aus dem Keimlingsbereich zusammengetragene Pflanzen zu möglichst naturnahen Gruppen zu vereinen und so in engem Rahmen ein Bild der Keimlingsnatur aufzubauen. Er war ein Lehrmittel. Der Arbeitsschulgarten will zugleich ein Erziehungsmitel sein. Er soll die Kinder nicht nur schauen und beobachten lassen, sondern veranlassen durch die Arbeit im Garten, durch die Pflege der Pflanzen persönliche Beziehungen anzuknüpfen, in den Kindern Naturverbundenheit und Naturgefühl zu erwecken. Gerade unsere Großstadtkinder haben diese Naturverbundenheit nötig. Die Schwierigkeiten, den Großstadtkindern Land anzuteilen, sind oft unüberwindlich. Und doch ist es gelungen, in den letzten Jahren verschiedenen Dresdner Schulen größere Flächen zur Verfügung zu stellen. Heber besonders glückliche Verhältnisse über den Arbeitsschulgarten der 29. Volksschule (Kieser Platz), sprach Lehrer Alfred Richter vor kurzem im Dresdner Lehrerverein. Er zeigte an der Hand vorzüglicher Lichtbilder, wie durch die Arbeit der Lehrerschaft und der Schüler (unter begeisteter Mithilfe vieler Eltern) aus einem Stück Ackerland in kurzer Zeit ein Garten entstand, in dem jede Klasse eine Fläche, jedes Kind ein kleines

Reet betreut. In gemeinsamer Arbeit sind auch eine Unterrichtslande, ein Terrarium und andere Möglichkeiten zur Tierbeobachtung geschaffen worden. Nebenbeihernd aus der Vergangenheit noch, wie die Betätigung in einem solchen Garten vielseitige Kräfte im Maße zur Entfaltung bringt und wie der Gesamtunterricht ungenügend befördert wird. Die Not der Zeit gebietet auch den Bestand und die Weiterentwicklung dieser Arbeitsschulgärten. Effektive Mittel stehen nun noch in bescheidenem Maße zur Verfügung. Die gefürzte Unterrichtszeit sämterlich auch die Zeit, die für den Garten aufgewendet werden kann. Mit der erhöhten Klassenstärke müssen die Schmutzflächen. Die Verwaltungsstunden der Schulgärtner sind ganz ungenügend. Trotzdem wird die Lehrerschaft alles daran setzen, daß dieses für die Jugend als unbedingt notwendig erachtete Erziehungsmitel, das zu unmittelbar auch nach der Idee der Schrebergärten und der Siedlung lenkbar, weiter ausgebaut wird.

ist das „Dresden im Blumentempel“? Die Schmudhplätze in Löttau wurden in früheren Jahren im Stadtverordnetenplenum als die bestgenutzten bezeichnet. Heute scheint dies nicht mehr der Fall zu sein. Auf dem Schillingplatz befindet sich ein Bauteil, in welches jedes Jahr abwechselnd Blumen eingepflanzt wurden. In diesem Jahre ist noch kein Spatenstich getan. Unkraut wuchert, und in die Mitte des Beetes hat ein Einwohner zur Verfüllung der Vorübergehenden einen abgelaubten Koffler hingestellt. Vielleicht kommt das Komitee „Dresden im Blumentempel“ auch einmal nach Löttau auf den Schillingplatz.

Beginn des Aufbaues der Dresdner Vogelwiese. Nachdem bis zum Eröffnungstage der diesjährigen Dresdner Vogelwiese noch annähernd ein Monat vergehen wird, haben doch schon dieser Tage die ersten Bauarbeiten im Vogelwiesengebiet eingeleitet. Wovon handelt es sich um den Aufbau der größeren Unternehmungen, der großen Schanzen Schanzenwirtschaften, die weniger in Zellbauten, sondern in geräumigen und stabilen Holzbauten untergebracht werden. Der Hauptteil des Aufbaues der Vogelwiese, die trotz aller Not dieser Zeit doch eine Tafelberechtigung hat — blickt sich doch wiederum einer Anzahl Leute, wenn auch nur für eine kurze Zeit, eine mehr oder weniger künftige Verbienstmöglichkeit —, wird allerdings erst den nächsten Wochen vorarbeiten sein, da die vielen Giganten mit ihren kleineren Helfern, Tuden und Fährtschäften gegenwärtig noch sonstwo weilen und erst kurze Zeit vor Dresdens toller Woche hier eintreffen.

Wieder Anstöße der Elbe zu erwarten? Der Niedgang des Elbhochwassers, der bis zum Sonntag ziemlich unermindert anhält, liegt unter der Einwirkung der am Samstag und Sonntag einsetzenden heftigen Wetterstürme bereits am Montag erheblich nach und hörte, zumal es am Montag wieder reichliche Niederschläge gab, im Laufe des Tages fast ganz auf. Auch vom Oberlauf der Elbe und Wolbau wurde nicht nur ein Stillstand des Wassers des Hochwassers, sondern teilweise sogar wieder ein leichtes Ansteigen des Wassers gemeldet, das sich, sofern die Regenperiode länger anhält, schon zum Mittwoch auch im hiesigen Elbgebiet bemerkbar machen dürfte. — Die in voriger Woche zwischen Carola- und Albertbrücke vom Flußufer entfernten Elbbäder und das hiesige Elbbad unterhalb der Blasewitz-Lößschwitzer Brücke werden jetzt wieder aufgebaut. Im Personendampferverkehr sind am Montag Einleitungen dadurch eingetreten, daß die wegen des Hochwassers abgebrochenen Valtstetten Dresden-Neustadt und Dresden-Johannstadt sowie Wilschschlösschen und Saloppe wieder eingerichtet worden sind, da am diesen Punkten bei einem Wasserstand von rund 50 Zentimeter über Null, wie gegenwärtig, wieder Landemöglichkeiten bestehen.

Eine Eigenleistung deutscher Feuerwerkskunst soll am Freitag anlässlich des Rosenfestes „Kraft und Flamme“ die protestantisch dargestellte Landung des Do X auf dem Ring-Gleis-Sportplatz zeigen. Die italienische Feuerwerkskunst wird vor allem mit den Pink-Rosafal-Bomben paradiern, die erst in gewaltiger Höhe explodieren, um dann abwärtsfliegend bis zu zionig Verwandlungen durchzumachen und mit jeder neuen Explosion neue Farbeffekte zu zeigen. Eine in Deutschland fast unbekannte Sensation sind die original-japanischen Prachtbomben, deren farben- und formenreichen Entwicklungen zauberhaft schön wirken. Das Feuerwerk wird also tatsächlich etwas noch nie Dagewesenes darstellen. Der Kartennorverkauf hat bereits begonnen.

Gewerkschaftliches

Unzulänglicher Versuch

Nur 32 000 im Krümpersystem

D. Durch die Osterkassenreform wurde der Versuch gemacht, mit dem Krümpersystem eine Erleichterung des Arbeitsmarktes herbeizuführen. Die ersten Ergebnisse dieses Versuchs liegen jetzt vor. Sie sind mehr als dürftig. Das ist nicht zu verwundern; denn der bisherige Versuch ist mit völlig unzulänglichen Mitteln unternommen worden.

Der durch das Krümpersystem ausgewechselte, feiernde Teil der Belegschaft erhält die halbe Unterstützung. Angeklagt ist die Frage, wer die Krankenversicherung für die ausgewechselten Arbeitskräfte zu zahlen hat. Die Dauer der Beschäftigung im Krümpersystem findet Anrechnung auf die Unterstützungsdauer. Infolgedessen fürchten die Arbeiter, daß sie in dem Augenblick, wo ihr Betrieb schließt, nicht einmal mehr Arbeitslosengeld unter Führung erhalten. Unter diesen Umständen wirkt es nicht überraschend, wenn die Zahl der bis jetzt vom Krümpersystem erfaßten Arbeitskräfte fast und fast nur 32 000 ausmacht. Das ist eine lächerlich geringe Zahl, vor allem wenn man bedenkt, daß in ihr auch der Vergewaltigte einbezogen ist, der ganz besonders für die Einführung des Krümpersystems in Frage kommen sollte.

Einträge zur Zulassung des Krümpersystems sind bis zum 15. Mai im ganzen 113 gestellt worden. Der größte Teil dieser Anträge entfällt auf Sachsen und dort vor allem auf die Textilindustrie. Nach Sachsen kommt Westfalen, dann Süddeutschland und schließlich Mitteldeutschland. In Berlin ist nur in einem einzigen Fall die Möglichkeit des Krümpersystems ausgenutzt worden. Man sieht, daß Großbetriebe nach so gut wie gar nicht vom Krümpersystem Gebrauch machen.

Wir haben hier wieder einmal ein Beispiel dafür, wie mit halben Maßnahmen ein so gut geplanter Gedanke geradezu totgeschlagen wird.

Internationaler Gewerkschaftsbund tagt

Der Vorstand des IGB tritt am 9. und 10. Juni in Berlin zu einer Sitzung zusammen, die sich mit den Ergebnissen der Ausschüttung des IGB, in Bern beschaffen und die weiteren Maßnahmen beraten wird, die sich aus der vom IGB. unzulänglich einberufenen Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Genf ergeben. Einen weiten Raum wird sodann insbesondere die Besprechung des Reparationsproblems in Zusammenhang mit dem beschiedenen Antrag der Arbeitergruppe auf der letzten Internationalen Arbeiterkonferenz einnehmen. Außerdem steht der Entwurf der sozialpolitischen Richtlinien des IGB, und eines Erziehungsprogrammes auf der Tagesordnung, ferner die Fragen des Verständlichkeitskomitees und des Antikriegskomitees. An den Besprechungen werden alle Vorstandsmitglieder des IGB: Czirine, Großbrunnmann; Karobsen, Dänemark; Jauhaus, Frankreich; Leipart, Deutschland; Rietens, Belgien; Zacherle, Tschechoslowakei und der Generalsekretär Schepeneis teilnehmen.

Zum Tarifstreit im Buchdruckgewerbe

Nazis als Arbeitgeber

Nach Ablauf des Reichstarifs Ende April ist eine tariflose Zeit eingetreten, die bisherigen Lohn- und Manteltarifbestimmungen sind nunmehr in die Einzelarbeitsverträge des Buchdruckers übergegangen. Der Bezugsverein Dresden des Deutschen Buchdruckervereins (Prinzipalorganisation) bemüht sich, einen Bezugsstarif mit dem üblichen Lohnabba zu erreichen. Wiederholt wurde die Organisationsleitung aufgefordert, sich zu Verhandlungen bereit zu erklären. Dieses Ansuchen wurde abgelehnt, da von Arbeitnehmern der unbetriebl. Fortbestand des Reichstarifs verlangt wird. Dieser Zustand ist den Unternehmen sehr unangenehm; das Hilfspersonal muß nach den Bestimmungen ihres abgelaufenen Reichstarifs entlohnt und im Arbeitsverhältnis behandelt werden. Die meisten Unternehmen und Gehilfen getroffenen Vereinbarungen, Kürzung der Ferienentschädigung, Verringerung der Anlagelöhne bei Kurzarbeit usw., betrachtet das Hilfspersonal für sich nicht als bindend.

Eine Kündigung des Hilfspersonals versuchen die Arbeitgeber möglichst zu vermeiden, da dadurch gefährliche Komplikationen im Produktionsprozess entstehen würden. Denn es wäre ja das Weiterarbeiten der Zeitungen und periodischen Zeitschriften in Frage gestellt.

In der Zeit, in der die Arbeitgeberseite bemüht ist, eine Ausperrung des Hilfspersonals zu vermeiden, glauben die Inhaber der Buchdruckerei P. Weigel, Leipzig, es mit ihrem „Dressen-Waage-Standard“ nicht mehr vereinbaren zu können. Nach langer mit der Hilfsarbeiterseite verhandelt. Sie kündigten ihrerseits zwölf Mann starken Hilfsarbeiterbelegschaft mit Ablauf zum 11. Juni ganz einfach und bitterlich: Wenn die Anlegerrinnen 15 Prozent und die Arbeiterinnen 10 Prozent billiger arbeiten und die Manteltarifbestimmungen der Gehilfen anerkennen, dann wird die Kündigung nicht perfekt. Verwunderlich ist dieses Vorgehen nicht, denn der Inhaber der Firma Weigel gehört der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ an, und ein weiterer Inhaber sympathisiert stark mit dieser „Arbeiterpartei“.

Im Dresden-Virnaer Tageblatt, für das die Firma als Herausgeber zeichnet, sucht sie perfekte Anlegerrinnen. Sie versucht damit ihr Hilfspersonal einzuschüchtern und es müde zu machen für ihre Verschleierungsabsichten. Tagtäglich bemüht sie sich, einzelne Hilfspersonen und auch die gesamte Hilfsarbeiterbelegschaft zu beeinflussen, ihrer Kollegenschaft in den Rücken zu fallen. Die gefährlichste und vollständig organisierte Hilfsarbeiterbelegschaft wird als Kvantität in diesem Tarifstreit ihren Mann stellen im Vertrauen auf die Solidarität der Gehilfen.

Altersversicherung in USA.

SPD. Die deutsche Sozialversicherung ist bedroht. Ihre Sanierung wird in den nächsten Wochen und Monaten noch manchen scharfen Kampf entfachen; denn starke Teile des Unternehmens arbeiten im Rhythmus sozialreaktionärer Strömungen systematisch auf einen Abbau der Sozialversicherung hin. Das gleiche Unternehmensmüßigkeitsgefühl in seinen Organen selbst feststellen, daß heute auch die Vereinigten Staaten nicht mehr ohne Sozialversicherung auskommen. So schrieb vor kurzem Der Arbeitgeber, die Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, daß auch die Vereinigten Staaten, bisher das Ruferland eines unerschütterlichen Kapitalismus und einer glückselig uniformierten, aber auf dem Erwerbsindividualismus beruhenden Wirtschaftsgestaltung, nicht um eine kollektive staatliche Sozialpolitik herumkommen. Amerika muß umlernen, ob es will oder nicht. Die

Rot zwingt dazu. Die Bewegung der vom Elend geprüften Massen zur Sicherung ihrer Existenz gibt den Gedankenimpuls, die auf die Schaffung einer Sozialversicherung abzielen, eine immer stärkere Stütz- und Werkskraft. Wie rasch solche Gedankenimpulse, einmal in die richtigen organisatorischen Kanäle geleitet, im Volksbewußtsein Platz greifen, zeigt die erst wenige Jahre alte Altersversicherungsbewegung.

In seinem Bericht an die fünfte Jahreskonferenz der Amerikanischen Vereinigung zur Altersversicherung hat das Sekretariat dieser Organisation die Entwicklung des vergangenen Jahres festgehalten und darin ein Bild praktischer, von Pflichtenbesorgnis und beschwerter Sozialarbeit fliggiert, daß in dieser Epoche fürchterlichen Elends wie eine Cose konstruktiven sozialen Aufbaues anmutet. Wie der Bericht angibt, hat sich

die Zahl der staatlichen Altersversicherungsberechtigten im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt.

Während noch vor einem Jahr kaum 40 000 erwerbslose alte Männer und Frauen eine staatliche Alterspension in fünf Bundesstaaten bezogen, beläuft sich jetzt die Zahl der Alterspensionäre in 13 Staaten auf über 82 000.

Vor allem muß man sich in einer Zeit, wo immer wieder in der Bundesrepublik der Ruf nach dem Hoffnungslos ererbigen Individualismus erschallt, der Tatsache bewusst sein, daß im vergangenen Jahr nicht weniger als

100 Oblekenträfte für Altersversicherung in 40 Bundesstaaten gesetzgebenden Körperschaften eingebracht wurden. Zum ersten mal in der amerikanischen Bundesgeschichte ist auch ein Gesetzentwurf zur Gewährung bundesstaatlicher Zuschüsse für Altersversicherungszwecke dem Bundesparlament übergeben worden.

Mit der Ausgestaltung der Maßnahmsgesetze kämpft die amerikanische Arbeiterklasse um die Eroberung neuer sozialer Stützpunkte. Sie kämpft im Augenblick vor allem darum, neben die Altersversicherung eine

Arbeitslosenversicherung und darüber hinaus ein Bundessozialwerk zu setzen, das auch dem amerikanischen Arbeiter endlich die Rechte und Sicherheiten gibt, auf die er als Mensch und Staatsbürger Anspruch hat.

Kommunisten als Denunzianten

Schadenersatzlage gegen Gesamtverband abgewiesen

D. In der Schadenersatzlage des Dantsiger Fabrikbetriebsvereins gegen den Gesamtverband hat nun auch das Dantsiger Landesarbeitsgericht gesprochen. Das Arbeitsgericht hat die Klage, worin der Gesamtverband für den Schaden haftbar gemacht werden soll, der den Unternehmern durch einen von den Kommunisten angezettelten wilden Streik entstanden war, bereits abgelehnt. Nachdem das Landesarbeitsgericht festgestellt hatte, daß es sich nicht um die sachungsmäßige Streikunterstützung gehandelt habe, sagt es in seiner interessanten und wichtigen Begründung:

Der Standpunkt des Klägers, daß jede Zahlung an die Mitglieder, gleichgültig in welcher Höhe, ohne weiteres als eine den Streik fördernde Maßnahme anzusehen sei, kann nicht geteilt werden (vgl. auch RAG, in Dantsch. Sammlung S. 632, VIII, S. 644). Die Beklagten hatten keine Möglichkeit mehr, mit der großen Masse

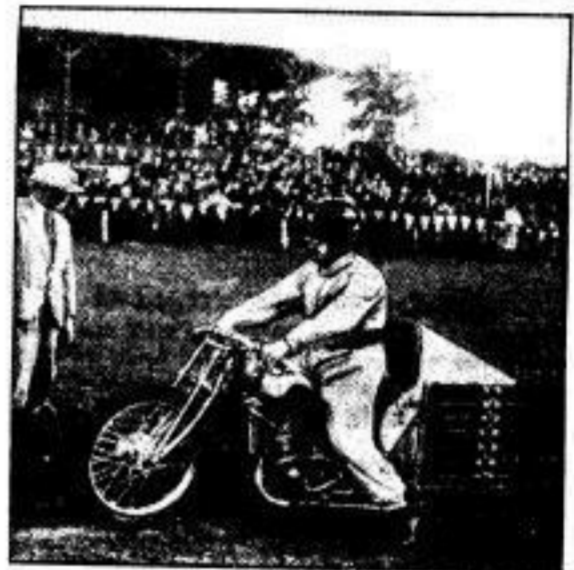
ihrer Mitglieder in Fühlung zu kommen. Es konnte deshalb die Ausschüttung einer geringen Unterstützung in der Tat als geeignetes Mittel erscheinen, um die Vertrauensleute der Beklagten wieder mit den Mitgliedern in Fühlung zu bringen. Es war zu erwarten, daß alle Mitglieder sich zur Empfangnahme des Geldes in kleineren Gruppen einfanden würden, und daß ihnen bei dieser Gelegenheit durch mündliche Ausprüche die Wiederaufnahme der Arbeit sehr nahe, daß die Zahlung der Unterstützung den Kampf nicht verschärft hat... Ist aber nicht bewiesen, daß die Zahlung der Unterstützung auf die Dauer des Arbeitskampfes einen für den Kläger und seine Mitglieder nachteiligen Einfluß hatte, so müßte die Klage schon hieran scheitern.

Die „Unterstützung“ war tatsächlich nur als Ersatz für Forderungen und Auslagen gedacht, da die Organisation wegen des Terror der Kommunisten und Nazis die Kollegen nur in kleinen Gruppen in Anwesenheit zusammenholen konnte.

Der Dantsiger Fabrikbetriebsverein rückte sich bei seiner Klage auf das Zeugnis von vier kommunistischen Fabrikarbeitern, wonach der Gesamtverband seinen gewalttätigen Arbeitskampf gegen die Mitglieder der Fabrikbetriebe aufgeben sollte. Durch diese Denunziation erlitten sich die „revolutionären Klassenkämpfer“ ihren verlorengegangenen Arbeitsplatz.

Metallarbeiterkund

7. Brief. Witten, den 8. Juni, abends 7.30 Uhr, im Jugendheim der SPD, Schützenplatz 18, Dinslaken, Ostpreußen, „Kulturfragen der Gegenwart.“ Kollege Garrel.



Ein Krafeten-Motorrad

Bei den Oldenburger Motorradrennen führte der Ingenieur Otto Lüders ein neues Motorrad vor, das nach dem Prinzip des Krafeten-Autos konstruiert ist. Krafetende Techniker halten nach wie vor die Krafete für das aussichtsreichste Antriebsprinzip der Zukunft.

Unsinnige Zuckerpolitik

Nach dem Bericht des Vereins der deutschen Zuckerrubrik ist der Zuckerrübenanbau in Deutschland für das Jahr 1932 im beifriedlichen Ausmaß zurückgegangen. Der Rückgang wird gegenüber dem Vorjahr mit 28,4 Prozent angegeben. Infolge der Kontingenterung sind in erster Linie die kleinen Rübenbauern betroffen worden. Tiefe Enttäuschung wird auch auf die industrielle Wirtschaft zurückgeführt. Nach den Angaben der obenerwähnten Stelle dürften von den 216 Fabriken, die im Jahre 1931/32 noch arbeiteten, nur rund 206 im Jahre 1932/33 den Betrieb aufnehmen. Also auch hier weitere Stilllegungen und weitere Arbeitslosigkeit.

In diesem traurigen Ergebnis stellen sich die Folgen der Zuckerpollitik und der Zuckerrübenkontingenterung dar.

Wir erinnern an die Zeit, in der die Interessenten immer wieder eine Erhöhung des Zuckerpreises forderten und die Erhöhungen auch gegen die Proteste der Sozialdemokratie durchsetzten. Diese wahnwitzige Preispolitik hat fürchterliche Folgen gehabt. Man hat den Zuckerpreis in Deutschland so weit gesteigert, daß heute der Zuckerpriester, Preise von 1913 — 100 geht, auf 180 liegt. Diese wahnwitzig hohen Preise haben natürlich allenfalls die Zuckerpriester und den Zuckerrübenanbau gefördert. Es zeigte sich aber gar bald, daß die deutsche Bevölkerung bei den wahnwitzig hohen Preisen den in Deutschland produzierten Zucker nicht verdrängen konnte. Also verfiel die Zuckerrubrik auf den Gedanken, den in Deutschland nicht abzufehenden Zucker zu exportieren.

Bei der Ausfuhr von Zucker nach dem Auslande erlebte man aber eine schlimme Enttäuschung. Der Weltmarkt hatte selbst Zucker genug, die Preise lagen im Auslande äußerst niedrig. Der Export von deutschem Zucker nach dem Auslande war nur unter großen Opfern und unter Preisverlusten möglich. Im vorigen Jahre hat die deutsche Zuckerrubrik Zucker nach dem Auslande zu Preisen verkauft, die ein Drittel und schließlich noch nicht ein Viertel des deutschen Preises ausmachten. Selbst-

verständlich konnte diese wahnwitzige Verschleuderung von deutschem Zucker nicht auf die Dauer durchgeführt werden.

Man verfiel auf das Mittel der Kontingenterung. Befehligt wurde die Freifuhung des Zuckerrübenanbaues durchzuführen. Das Ergebnis liegt jetzt vor. Der Zuckerrübenanbau ist in Deutschland im Jahre 1932 um fast 29 Prozent zurückgegangen und der Anbau für Futtermittel hat sich beinahe um 44 Prozent verringert.

Die Verschleuderung deutschen Zuckers zu Verkaufpreisen im Auslande wird im Jahre 1931 die deutsche Volkswirtschaft die runde Summe von 100 Millionen Mark gekostet haben.

Dazu kommt die Einschränkung im Anbau und die Stilllegung von Fabriken. Das sind weitere Verluste, die sich zahlenmäßig kaum angeben lassen.

Die deutsche Zuckerrubrik ist mit riesigen Beständen in das Jahr 1932 gegangen. Diese Bestände sind in den meisten Fällen auf 5 bis 6 R. pro Zentner Rohzucker abgeschrieben worden. 1932 wird man weniger Zucker erzeugen und stellt nun alles darauf ab, die alten Zuckermengen im Jahre 1932 dem Konsum zu zuführen. Aber nicht zu dem abgeschriebenem Preis von 5 bis 6 Mark, sondern zu dem Preis von 2 1 R.

Selbstverständlich muß das Folge haben, daß der Zuckerverbrauch weiter sinkt. Die Misere geht also weiter. Dabei lagern noch ungeheure Zuckermengen in Deutschland, die nicht zu verwerten sind.

Das Ganze nennt man aber sozialistische Zuckerpolitik. So sieht die Wirtschaft der Rechten in Deutschland aus, die die Stuten bei ihren bekannten Verleumdungsfeldzügen gegen den Marxismus zu führen.

Französische Hilfe für Oesterreich

P. Paris, 7. Juli. (Fig. Funk.)

Wie das Echo de Paris meldet, ist im gestrigen Kabinettsrat noch kein Beschluß über die Beteiligung Frankreichs an einer Hilfsaktion zugunsten Oesterreichs gefaßt worden. Der Finanzminister ist beauftragt worden, einen Bericht auszuarbeiten, der bei der nächsten Gelegenheit vom Kabinettsrat geprüft wird. Derselben Bericht zufolge will der Finanzminister des Völkerbundes, um die Zustimmung Frankreichs zu erwidern, einen Kredit vorschlagen, der Oesterreich in mehreren Teilbeträgen von geringerer Höhe gewährt werden soll.

Die vergessenen Sklarelts

Im Sklarelts-Projekt begannen am Montag die Plädoiers der Verteidiger. Als erster nahm Rechtsanwalt Dr. Kurzig für den angeklagten früheren kommunistischen Stadtrat Gabel das Wort. Zu Beginn der Verhandlung kam es zu einem Zwischenfall. Während sich das Gericht wie immer um 9 Uhr versammelt hatte, erschienen die Angeklagten mit einer halbseitigen Verspätung. Willi Sklarelts führte zur Erklärung aus, daß man sie in ihrer Bewahrsamstelle vergessen habe. Er und Leo waren schon seit 7 Uhr auf und warteten seit 7 Uhr. „Wenn wir nicht schließlich gefänglich hätten, dann wären wir jetzt noch da.“ Der Vorsitzende erklärte, daß er für diesen Irrtum nicht verantwortlich sei. Das Gericht beschloß, die Sklarelts aus dem Gewahrsam zu entlassen, was die Brüder mit Worten des Dankes quittierten.



Die Erdbeben-Katastrophe in Mexiko

Der mittelamerikanische Staat Mexiko wurde von einem furchtbaren Erdbeben heimgesucht, das viele Städte zerstörte und 500 Menschen das Leben gekostet haben soll. — Mexiko wurde mit den hauptsächlich betroffenen Orten.

Zum Kochen von Gemüse: MAGGI Fleischbrühe

Sachsen

Die sächsischen Räte

Besprechung zwischen Regierung und Reichstagsabgeordneten

Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird uns geschrieben:

Am Finanzministerium fand vor einigen Tagen eine Besprechung der sächsischen Regierung mit im sächsischen Wahlkreise gewählten Reichstagsabgeordneten der verschiedensten Parteien über einige für Sachsen zur Zeit besonders brennende Fragen statt. Der Finanzminister setzte die Gründe auseinander, aus denen die Rinder vom Reichsverkehrsministerium ins Auge gefasste Errichtung einer reichseigenen Wasserstraßenverwaltung für das sächsische Einzugsgebiet sowohl unter dem Gesichtspunkt harter und zweckmäßiger Verwaltung wie im Interesse der Bevölkerung abzulehnen sei. Er ging sodann auf die Notwendigkeit ein, daß das Reich seiner rechtlichen Verpflichtung entsprechend dem Lande Sachsen zumindest die Jahresleistung an Zinsen auf seine Kapitalschuld aus der Übernahme der Eisenbahn aufnehmen läßt; das Land Sachsen müsse diesen Anspruch schon mit Rücksicht auf seine ähmerliche Lage mit allem Nachdruck geltend machen und weiterverfolgen. Im Anschluß hieran legte der Minister den Jnnern an der Hand anschaulicher Material die verarmte finanzielle Lage der sächsischen Gemeinden und Kreisverbände dar, wie sie sich als Folge der Erwerbslosigkeit in Sachsen ergeben habe, die nun seit Jahren schon weit schlimmer als in allen anderen deutschen Ländern sei. Das Reich müsse Sachsen in die Lage setzen, daß wenigstens die schon jetzt auf ein kaum mehr tragbares Maß herabgesetzten Interimslösungen unter allen Umständen vollständig und pünktlich ausgeführt werden könnten. Aus den Fragen und den Erklärungen der erschienenen Räte ging hervor, daß sich ihre Anschauungen weitgehend mit denen der Regierung decken, und daß sie bereit sein werden, sich für die sächsischen Belange tatkräftig einzusetzen.

Margismus

Was Herr Witte darum'er versteht

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Die Zeiten sind ernst und man soll daher ruhig die Gelegenheit wahrnehmen, einmal recht herzlich anzufassen. Besonders wenn der Anlaß dazu von so „prominenten“ Seite wie in diesem Falle kommt.

Der Zentralverband, das Organ des Zentralverbandes der Angestellten, ist in der Lage, Ausführungen des Vorsitzenden des Verbandes sächsischer Industriellen zitieren zu können, in denen sich u. a. folgender Satz befindet:

„Die Reichsstellen versuchen, die Selbstverwaltungskörper, vor allem die Regierungen der Länder, in die Rolle untergeordneter Ausführungsorgane zu drängen. Hierin liegt vielleicht im wesentlichen das, was das an sich schwer bestimmbar Schlagwort „Margismus“ meint.“

Das Wort sagt an, daß diese Weisheit nun noch auf sächsisch vorzutragen man kann verpflichtet; Gut aber dem geistigen Niveau gemisser Wirtschaftsführer!

Der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Industriellen ist bekanntlich jener Herr Witte, mit dessen Weisheit wir uns schon so oft beschäftigen.

Betriebseinschränkungen und -stilllegungen

(Mitteilung des Statistischen Landesamtes)

Im Mai hat sich das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium 223 Anzeigen über betriebliche Betriebseinschränkungen und -stilllegungen einbringen lassen gegen 317 im Vormonat und 278 im Mai 1932. Während aus der Industrie der Betriebe und Erden, aus der Textil- und Metallindustrie und aus dem Maschinenbau mehr Anzeigen einliefen als im April, hat sich der Rückgang in der Textilindustrie (Mai 184, April 169, Mai 133 Anzeigen) fortgesetzt. Bei den übrigen Industriezweigen sind nur geringe Veränderungen zu verzeichnen.

Im Monat Februar waren 415 Betriebseinschränkungen und -stilllegungen angezeigt. Von den 397 Arbeitern und 11.814 Angestellten der Anzeigen Betriebe wurden während des Monats in der Regel vier Wochen dauernden Zwangsurlauben 1129 entlassen, 31 Betriebe entließen sämtliche (100%) Arbeitnehmer, während in nur einem Teil des betrieblichen Personals abhieben. In 102 Fällen wurden die betrieblichen Stilllegungen nicht vorgenommen, und in 22 Fällen fand die Stilllegungsbereitstellung keine Anwendung.

Neues aus aller Welt

Zodestrafen in Guben beantragt!

Im Gubener Giftmordprozess beantragte der Ankläger, Staatsanwalt Dr. Ebert, gegen die Angeklagten Frau Jechm und Frau Labewig wegen Ermordung des Schülers Hans Georg Jechm die Todesstrafe und gegen Frau Jechm außerdem wegen Mordversuchs und wegen des Vergehens der Verleitung zum Mord eine Zuchthausstrafe von insgesamt sechs Jahren Zuchthaus. Der Staatsanwalt beantragte ferner, beiden Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte abzuspriechen. Als Staatsanwalt Dr. Ebert seine Anträge stellte, brachen die Zuhörer in laute Tränen aus. Der Vorsitzende rief in großer Erregung das Publikum zur Ordnung und gab bekannt, daß jede weitere Beugung von den Zuhörerbänken mit der Räumung des Saals beantwortet werden würde. Der Staatsanwalt kam in seinem Plädoyer zu dem Satz, daß die Prüfung der Indizien seinen Zweifel daran bestehen lasse, daß die Angeklagten die Mörderinnen des unglücklichen Kindes seien. Eine einzigartige Tat, die man schauerlich nennen müsse, verlange eine strenge und unerlöschliche Strafe. Als der Staatsanwalt die Todesstrafe verlangte, brach Frau Jechm in Tränen aus, während Frau Labewig weinerlich erschrak.

Im Streit erschlagen

Gelsenkirchen, 7. Juni. (Eig. Funk.) In Dort.-Emscher bedrohte der 59jährige Wegmann Wranco seinen Schwiegervater, mit dem er in erbitterter Feindschaft lebte, mit einer Spindel. Als er zum Schlag gegen den alten Mann ausholte, trat ein Nachbar in die Stube. Dieser ergriff ein Beil und erschlug den Angreifer.

Spuk um Kreuzer

Bei der Durchsicht des Kreuzerschen Nachlasses machten englische Rechnungsrevisoren im Arbeitszimmer des Willianenbetrügers eine seltsame Entdeckung. Mehrfach läutete das Telefon, ohne daß sich jemand meldete. Schließlich stellten die Revisoren fest, daß sie mit einem der Kontobücher gegen einen bisher nicht bemerzten Knopf auf dem Schreibtisch gestossen hatten, wodurch automatisch das Läuten des Telefons ausgelöst wurde. Diese „Schwinbelantuse“ hat der Betrüger wahrscheinlich als Trick benutzt, um unangenehme Unterhandlungen vorzeitig beenden zu können.

Kontrollflugzeug stürzt ab

Paris, 7. Juni. (Eig. Funk.) Ein Flugzeug, das die an dem Rundflug um Paris beteiligten Piloten begleitete, stürzte am Montag infolge des schlechten Wetters über dem Flughafen in Vignion ab. Sämtliche Insassen, der Piloter, zwei Kommissare des Rundfluges und ein Journalist, wurden auf der Stelle getötet.

Kirchliches Steuerrecht

Echonung der Besitenden - Belastung der Kernsten

Bisher konnten in Sachsen die Kirchen als Steuer nur einen Zuschlag zur Einkommensteuer erheben. Dieser Zustand war einem Teil unserer Frommen im Lande recht unbequem, denn er führte dazu, daß die wohlhabenden Mitglieder der Kirche für ihre Kirche mehr in die Tasche greifen mußten, als ihnen lieb war, und wenn die Sache allzu teuer kommt, dann hört bei so manchem der „gläubigen Christen“ die Gemütslichkeit auf. Jawohl, die Kirche ist eine wunderbare Einrichtung, dem Volke muß die Religion doch erhalten werden, aber allzu teuer darf die Geschichte nicht sein. Deswegen fordern die Herren von der Kirche schon lange, daß ihnen das Recht gegeben wird, außer Zuschlägen zur Einkommensteuer noch eine Kopfsteuer von denjenigen zu erheben, die keine Einkommensteuer zahlen, damit auf diese Weise die Leute mit großem Einkommen entlastet werden können.

Die Regierung Schied hat jetzt dem Landtag die Vorlage eines Gesetzes zugelandt, durch das die Wünsche der frommen Leute, die nicht allzuviel Steuern zahlen wollen, erfüllt werden sollen. Außer einem Zuschlag zur Einkommensteuer sollen noch erhoben werden können Zuschläge zur Reichssteuer und zur Reichssteuerpflichtigen Mitgliedern der Kirche für je volle tausend Mark Einheitswert ein Betrag von 75 Pf.

Die Einheitswerte werden von den Steuerbehörden für die Einkommensteuer und die Grund- und Gewerbesteuer festgesetzt. Den Kirchen soll also die Möglichkeit gegeben werden, für sich auch sogenannte Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer) zu erheben. Zur Begründung dieses Vortrages wird angeführt, daß die Landwirte der Reichseinkommensteuerpflicht bis zu einem Einkommen von 3000 M. nicht mehr unterliegen, den Religionsgesellschaften mit der Grundlage für deren Heranziehung zu Einkommensteuern entzogen ist.

Dann soll die Kirche noch das Recht haben, von allen volljährigen Mitgliedern, die auf andere Weise nicht steuerpflichtig sind, einen Grundbetrag von höchstens 3 M. zu erheben. Und schließlich ist noch zur besonderen Schonung der ganz reichen Leute vorgesehen, daß bei der Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer bei den Einkommen, soweit sie 20000 M. übersteigen, die in dem Reichseinkommensteuergesetz vorgesehenen Sätze nicht im vollen Umfange zur Grundlageneinnahme genommen werden sollen. Es soll von je weiteren vollen 100 M. dann den Zuschlägen nur ein Steuerfuß von

20 Prozent zugrunde gelegt werden, während die im Reichseinkommensteuergesetz vorgesehenen Sätze tatsächlich höher sind.

Die Schied-Regierung ist also ängstlich darum besorgt, zu verhindern, daß die armen reichen Leute zu große Opfer für ihre Kirche bringen müssen. In der Begründung der Vorlage wird u. a. ausgeführt, es lasse sich nicht bestreiten, daß der Einkommensteuertarif des Reiches eine sehr starke Progression zeige und daß diese starke Progression bei den reichseinkommensteuerpflichtigen Personen mit hohem Einkommen schon hinsichtlich dieser Reichsteuern einen starken Unwillen hervorruft. Dieser Unwille steigere sich verständlicherweise, wenn auf diese hohen Sätze auch noch entsprechende Kirchensteuern aufgeschlagen werden.

Also damit in Zukunft die reichen Leute nicht mehr ganz so böse werden wie jetzt, wenn ihnen der Kirchensteuerzettel ins Haus geschlagen kommt, soll die Kirche die Kernsten — wenn sie will auch die Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger — mit einer Steuer von 3 M. pro Kopf belasten können, das heißt also, es würde der Familienvater für sich und seine Ehefrau insgesamt 6 M. im Jahre zu zahlen haben. Es zeugt von dem unsozialen Geist, der in unseren Kirchen lebt, daß sie sich eine derartige Gesetzesvorlage überhaupt gefallen lassen. Wenn bei diesen „Christen“ von wahren Christentum noch eine Spur übrig wäre, müßten sie sich mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, daß man ihnen zumutet, gerade die Reichsten zu entlasten und die Kernsten dafür zu Abgaben heranzuziehen.

Wenn es überhaupt möglich ist, daß von dem starken Unwillen der reichen Leute über die Höhe der Kirchensteuer gesprochen wird, so zeigt das, wie sehr das Gemütlempfinden sich unter dieser Gesellschaft befindet. Man hielt zwar gern den frommen Mann und den treuen Anhänger der Kirche, aber man will nicht zuviel Opfer bringen, man will nicht allzuviel zahlen, obgleich man Ueberfluß an irdischem Mammon hat. Dafür sollen den Menschen, die so arm sind, daß sie keine Einkommensteuer zu zahlen brauchen, noch ein paar Mark aus der Tasche gezogen werden. Und das nennt sich Christentum!

Soffentlich werden recht viele sich diese unsoziale Kopfsteuer, die man ihnen jetzt zugunsten der Kirche auferlegen will, nicht ruhig gefallen lassen und den Kirchensteuerzettel mit dem sofortigen Austritt aus der Kirche beantwortet, wenn die Vorlage der Regierung Schied zum Gesetz erhoben wird.

Saatenstand in Sachsen Anfang Juni 1932

Mitteilung des Statistischen Landesamtes

Im ersten Drittel des Monats Mai herrschte eine kühle, feuchte Witterung, der sich eine Reihe heftiger, warmer Tage anschloß, die durch recht ausgiebige Regenfälle gegen Ende des Monats einen Abschluß fand. Die Witterungsverläufe entsprach die Entwicklung der Saaten. Es erhielt zunächst eine Förderung, bis die Wirkungen der Trockenheit sich nachteilig bemerkbar zu machen begannen. Die einsetzenden starken Niederschläge glichen die durch Trockenheit verursachten Schädigungen der Saaten bald wieder aus, riefen jedoch bei Wintergerste und Roggen in größerem Umfange die Gefahr des Lagerens hervor. Winterroggen steht fast allgemein befriedigend. Der Stand des Winterweizens zeigt sich vielfach dünn und ungleichmäßig als Folge der Auswinterung, die im Frühjahr nicht mehr durch Befrostung ausgeglichen werden konnte. Die Sommerhalbmähdre, deren Wachstum durch Trockenheit aufgeschalten worden war, wiesen nach dem Einsetzen des Regens ein befriedigendes Aussehen auf. Die Futterpflanzen erschienen teils lüdig, teils gut.

Gehaltszahlung an die Beamten

Vom Ministerium des Innern wird uns geschrieben:

Die Dresdner Volkszeitung hat in ihrer Nr. 126 vom 1. Juni 1932 unter der Überschrift: „Mühseligkeit gegenüber den Beamten!“ eine Zuschrift veröffentlicht, in der behauptet wird, die Regierung habe die Gehaltszahlung an die Beamten am 31. Mai unzulässig gesperrt. Diese Behauptung ist unzutreffend. Die Gehaltszahlung ist lediglich wegen des nachweisbaren Mangels an Kassenbeständen hinausgeschoben worden.

Es ist auch nicht möglich, den einzelnen Behörden zu gestatten, Teilzahlungen nach Maßgabe der bei ihnen zufällig vorhandenen Geldmittel zu leisten. Es würde nur gesteigerte Unzufriedenheit in der Beamtenenschaft hervorrufen, wenn bei einzelnen kleineren Behörden, die eigene Einnahmen haben, vorzeitig Gehaltszahlungen oder Teilzahlungen geleistet würden, während die großen Verwaltungen ohne erhebliche eigene Einnahmen ihren Beamten, das sind namentlich die Polizeibeamten und die Lehrer, nichts auszahlen können. Auch in dieser Beziehung muß die Einheitlichkeit vor kleinen Einzelteilen den Vorrang haben.

In der Zuschrift wird ferner den Behörden und Kassenverwaltungen Anerkennung gezollt, die entgegen der Anordnung der Regierung vorhandene Kassenbestände zu teilweisen Gehaltsauszahlungen verwendet haben. Demgegenüber ist zu bemerken, daß die schuldhafteste Nichtbeachtung der Anordnungen der vorgesetzten Behörden durch einzelne Beamte eine Pflichtverletzung war, die im Dienststrafwege zu ahnden wäre.

Ein Günstling des ehemaligen Zaren vor Gericht

Leipzig, 6. Juni. Der 58 Jahre alte Nikolai Alexandrowitsch von Raslaw, eine ehemals bekannte Persönlichkeit am Hofe des russischen Zaren, später Privatdozent an der Universität in Petersburg und angesehenen Schauspielers, verlor nach der Revolution in Rußland nicht nur sein Vermögen, sondern auch jeden moralischen Halt. Als Emigrant war er nach Deutschland gekommen und begann hier in Frankfurt a. M. mit Hochstapeln, die ihm anberaubt Jahre Gefängnis einbrachten. In der Folgezeit betätigte sich Raslaw mit gutem Erfolg auf Grund seines Talentes als Maler und Schriftsteller. Seine Einkünfte genühten aber nicht für seine Leisheit und Freigebigkeit, von der besonders andere Frauen jenen. Neue Betrügereien waren die Folge. Wegen Betrügerei, durch die verschiedene Hotelbesitzer von 1929 bis 1931 um etwa 700 M. geschädigt wurden, war Raslaw dann vom Leipziger Schöffengericht zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt begnügte sich aber nicht mit diesem Strafmaß und legte Berufung ein, die jetzt von der Großen Strafkammer des Landgerichts verhandelt wurde. Das Urteil der Vorinstanz wurde aufgehoben und die Strafe auf ein Jahr zwei Monate Gefängnis erhöht. Der Angeklagte soll sich auch noch im Laufe dieses Monats wegen eines Erbindevisums vor den Richtern einstellen. Als Verhandlungsdauer sind vorläufig 10 Tage in Aussicht genommen.

Chemist. Verzweiflungstat einer Mutter.

Ihrer auf der Melancholienstraße gelegenen Wohnung wurden am Sonntag vormittag eine 40 Jahre alte Arbeiterin und ihr zwei Monate altes Kind gasvergiftet aufgefunden. Die Frau war bereits tot, während das Kind noch ins Leben zurückgerufen werden konnte. Die Frau hatte aus Verzweiflung über ihre Arbeitslosigkeit den Tod gesucht und dabei ihr Kind nicht allein zurückschicken wollen.

31373 Gewinner gesucht!

Für nur M. 1.— Höchstgewinn M. 30.000.—
 " " " 1.— Hauptgewinn " 15.000.—
 " " " 1.— 1. Prämie " 10.000.—
 " " " 1.— 2. Prämie " 5000.—

Hygiene-Museums-Geldlotterie

Diese Woche garantiert Ziehung!

Loose zu 1.— M. u. Glücksscheine zu 2.5 oder 10 Loose in all. Loosehüllen oder direkt durch Sachs. Wohlfahrtslotterien, Dresden A 1, Waldschloßstr. 28

Die Reifezeit von Hollywood

In Hollywood hat ein reicher Amerikaner unter dem Namen Rote Röhre ein Nachtspiel für obdachlose Filmstars errichtet. Einmal haben nur solche Gäste, die nachweisen können, einmal „prominent“ gewesen zu sein. Das Spiel wird überhört Karl in Anspruch genommen, seine 120 Betten sind fast jede Nacht belegt.

Einige Verfassungsfeier

Bei den großen Truppenparaden, die am vergangenen Sonntag in Italien anlässlich der Verfassungsfeier stattfanden, lag in Neapel ein großes Munitionslager in die Luft. 8 Soldaten wurden getötet, 8 schwer verletzt.

LEBEN+WISSEN+KUNST

43. Jahrg. — Nr. 131

BEIBLATT DER VOLKSZEITUNG

Dienstag, den 7. Juni

Der Schatz in der Lagune

Von Viktor Delling

„In Venetia habe ich ein sehr unangenehmes Abenteuer gehabt“, sagte Derf Remu. „Ich hatte mir gegen 5 Uhr eine Gondel am Rialto gemietet — an dem Landungsplatz an der Piazzetta. Der Gondelier war ein Mann in den besten Jahren. Er versprach, mich auf einem kleinen Umweg nach San Nicolletto zu fahren. Den Umweg mußte er machen, weil er in San Gerolamo seinen Hund abholen wollte. So fuhren wir ab. Die Gondel schmeckte gut geräuchert, vorbei an den Gärten von San Clemente, wo die weiblichen Juren ihrer Bewirtung entgegenwarten, und dann in Richtung auf San Giorgio Maggiore mit seinem bunten Marmorportal, auf dem noch die letzte Sonne lag.“

„Es ist ein Spitz, wissen Sie“, sagte mir der alte Tonio. „Noch nie ist er mir davongelaufen. Aber gestern hatte ich in San Gerolamo zu tun, da kam er mir abhanden. Ich finde ihn heute bestimmt.“

„So legen wir an, Tonio“, sagte ich. „Nur die Ruderstange in den Grund. Es war genau um 6 Uhr. Melancholisch ätzelten die Glodentöne von den alten Türmen der Dogenstadt übers Wasser.“

„Ich war allein im Boot und sah den Wellen zu, die den flachen Sand überrieselten, der grün von schütterem Strandgras vor mir lag.“

Ein Geräusch ließ mich aufschrecken. Hinter einem Strauch war eine Gestalt hervorgehüpft — ein Mann in eigenartiger Kleidung, ohne Hut, ziemlich bloß und mit seltsam glänzenden Augen. Das Haar häumte sich unendlich aus der Stirn aufwärts.

„Hi, hi!“ rief er. „Es klang wie ein Fischen. Und dann war er auch schon mit einem schnellen Satz bei mir im Boot.“

„Ohne auf meinen abwehrnden Zuruf zu achten, rief er Tonio's Ruderstange aus dem Schlamm, und ehe ich es hatte verhindern können, war er auch schon abgehoben.“

„Was soll das?“ fuhr ich auf. „Sind Sie des Teufels?“

Er murmelte etwas, das ich nicht verstand, und schon handhabte er das Ruder mit einer Geschwindigkeit, daß sich im Nu der Raum zwischen uns und der Ruffel vergrößerte. Seine Augen bligten mich in seltsamer Starre an.

„Schnell! Es eilt! Rühren Sie sich nicht vom Fleck!“ verlangte ich plötzlich. Er zeigt ein seltsames Grinsen. Ich sah jetzt, daß ich es mit einem wahrhaft athletisch gebauten Menschen zu tun hatte.

„Sie wissen, ich bin alles außer ein Gigant. Ich mußte mich aufs Parlamentieren legen. Vor allem mußte ich herausbekommen, was der Mann, der sich so unverschämlich zum Herrn meines Bootes gemacht hatte, eigentlich im Schilde führte.“

„Zum Teufel! Nun erklären Sie mir endlich, was dieser Spatz bedeuten soll. Was haben Sie in dieser Gondel zu schaffen?“

Er schwieg. Schon mehr als ein Kilometer lag zwischen uns und San Gerolamo. Der Unheimliche ruderte immer noch so hastig wie zuvor — bis er ganz unermittelt die Stange hochrührte und sagte: „Es hat keinen Zweck, daß ich mich Ihnen förmlich vorstelle, Signore. Dazu eilt unser Geschäft zu sehr. Ich beglückwünsche mich inbesseren, daß Sie mir vom Himmel als Bezeichnung zu diesem Geschäft geflücht worden sind.“

„Zu welchem Geschäft?“ fragte ich überrascht.

„Zur Hebung der Kronjuwelen des Fürsten von Venedig!“

„Ich glaube nicht recht gehört zu haben.“

„Er nicht mir, während er das Ruder vollends in die Gondel jagt, mit einem vertraulich-lächelnden Blick zu: „Wir sind an Ort und Stelle. Ich kenne mich hier aus. In der Tiefe dieser Lagune liegt der Schatz.““

„Was soll der Unsinn?“

„Man verfolgt mich, weil man weiß, daß ich die Stelle dieses Schatzes kenne. Nun möchte ich auf einen günstigen Moment. Wie werden den Schatz sofort haben.“

„In den Augen des Menschen, der mir reis für die Zwangsjacke sieht, stand ein unheimliches Glänzen. Es ist wohl verständlich, daß ich Ausschau nach einem Boot hielt. Aber nirgend war eine Gondel zu sehen. Dabei sank die Dämmerung jetzt schnell.“

„Sofort! Verschwinde Sie! Machen Sie sich fertig! Sie springen über Bord.“

„Ich? Ich — über Bord springen?“

„Seine Gelunde Ueberlegung! Der Preis ist köstlich. Sie tauchen unter und bringen die Juwelen herauf.“

„Ich muß sagen, es überließ mich kalt. Ich war nie ein guter Schwimmer. Eine Trennung von der Gondel war für mich gleichbedeutend mit dem Tod in den Wellen. Ich war längst nicht mehr im Zweifel, daß ich es mit einem Wahnsinnigen zu tun hatte. Blühschnell überlegte ich. Die alte Regel fiel mir ein, daß man auf die Hinterrückseite eines Verrückten zum Schein eingehen müsse.“

„Tauschen — bei dieser Gelegenheit? Natürlich — das kann man. Aber besser ist, wir warten ab. Der Mond muß erst aufgehen.“

„Wir dürfen nicht warten! Der Mond hat auch gar nichts zu sagen. Im Gegenteil! Es kommt nur auf schnelles Tauchen an.“

„Das ist richtig, mein Herr, aber ich bin nicht das Werkzeug, das Sie suchen. Der Mann, der Ihren Schatz heben will, wartet da drüben auf Sie.“ Ich wies nach San Angelo hinüber.

„Welcher Mann?“ Seine Augen flackerten. Dann schob er sich näher auf mich zu. „Sie und kein anderer!“

„Nichtig, Gewiß. Nur sagen Sie, wäre es nicht besser — ja gewiß! — wenn Sie selbst tauchen wollten? Das versprache den sichersten Erfolg.“

„Nein, nein. Ich neige zu Schüttelfrost. Ich brauche gerade Sie!“ Wie bestartig recht sein Blick war, „Sind Sie fertig? Wollen Sie jetzt tauchen — oder wollen Sie mich zwingen?“

„Ich zwinge Sie zu nichts! Zu gar nichts!“

„Um so besser! Sein Atem beruhete mich. Er rückte mir auf den Leib. „Los nun!“

„In meiner Angst jag ich den Kopf aus. Ich legte ihn auf den Boden und suchte dabei das Ruder zu packen. Es schien mir keinen anderen Ausweg zu geben als — er oder ich.“

„Aber die Stange flirrte. Warte er, was ich vorhatte? Auf einmal schaute ich seine Hände an meiner Achse. Er hob mich...“

„Puft!“ brüllte ich heiser. „Puft!“

Die Hände lockerten sich. „Springen Sie!“

„Sofort!“ flüchtete ich. Und ich war in der Tat, nur um

Endlich nach vier Stunden stehen zwei feierliche Noten auf dem Papier. Die eine, für Belgrad und Tirana, ordnet an: Beide Regierungen ziehen ihre Grenztruppen sechs Kilometer hinter die Grenzlinie zurück, enthalten sich jeder feindseligen Handlung und entsenden je drei Sachverständige nach Genf, um die Verhältnisse klarzustellen. — Sanctionen, die der Engländer angekündigt wissen wollte, werden nicht in Aussicht gestellt, Frankreich und Polen hatten dagegen Einspruch erhoben.

Die für Rom bestimmte Note enthält eine vorsichtig gehaltene Aufforderung: Zurückberufung der drei Kreuzer. Auch Rom soll drei Sachverständige schicken.

Es sind keine weltbewegenden Beschlüsse, immerhin bedeuten sie einen im Namen der Welt angelegten Vorstoß gegen beherrschende Mächte, die den Frieden gefährden. Kurz vor acht Uhr verlassen die Noten den Genfer Junfturm.

Die Ratsherren sitzen jetzt auf der Terrasse, sprechen vom Sommer, der dieses Jahr ungewöhnlich schön ist, schlürfen ihren Kaffee, der heute zwei Stunden früher als gewohnt serviert wird, und überreden im geheimen Sill und haben der europäischen Kontinentaler.

Genf brems, der Teufel schießt! — Sieben Uhr dreißig morgens waren zwei italienische Marineschiffe von Durazzo aufgestiegen. Die albanische Regierung hatte den italienischen Gesandtschaften gebeten, ihr die Verbindung mit ihren Grenzabteilungen im Norden zu vermitteln, die mangelnde Telefon- und Telegraphen für Tirana nahezu aus der Welt waren. Die Flieger sollten dem albanischen Kommandanten nochmals einschärfen, keinen Schritt aus den Grenzen herauszulassen. Man war in Tirana ängstlich geworden.

Die Flieger hatten es verdammt schwer, von oben die unsichtbare Grenze zu erkennen. Die Karten waren unzuverlässig, der Nebel zwang, tief zu fliegen. Und dicht an der Grenze mußte geflogen werden, sonst wären die albanischen Grenzer überhaupt nicht zu ergattern. Die Flieger mußten ja ihren Befehl herunterwerfen.

Ueberflug nun der vorderen der Flieger südwestliches Gebiet oder kam es den Südfluten nur so vor oder zogen die italienischen Beobachtungsstellen die südwestlichen Soldaten an wie rote Tücher den Stier? Kurz: Salben aus Gewehren und Maschinengewehren tauchten in die Luft, Geschütze bellten. Es war keine Befordleistung, einen Flieger aus fünfzig Meter Höhe abzuniden! Das Flugzeug flüchtete, sich mehrfach überschlagend, auf den Felsenhang. Der zweite, im

der Nähe des Unheimlichen zu entkommen, drauf und dran, über Bord zu springen. Da — im letzten Augenblick, rief er mich zurück. Er zog mich förmlich wieder in die Gondel herein und flüsterte: „Keinen Laut jetzt! ... Wir dürfen keine Zeugen haben!“

Dastig griff er zum Ruder. Ich verstand noch nicht das Wunder, das mich gerettet haben sollte. Im nächsten Augenblick hätte ich laut aufjubeln mögen: In unserem Kielwasser tauchte ein Boot auf.

„Wie durch einen Schleier sah ich, was sich nun blühschnell abspielte. Das Rettungsboot — ich durfte es wohl im besten Sinne als solches begrüßen — legte mit kräftigen Ruderstößen an unserer Gondel an. Eine Art Rasso wurde über den Kopf des Mannes geschleudert. Mit einem Klageschrei griff er zusammen. Dann schickten sie ihn. — Es waren meine Befreier. Gölle in höchster Not! Als ich vollends zu mir kam, bestärkte mich Tonio, der samt seinem Spitz auf dem Rettungsboot in Begleitung dreier handfester Männer land, was ich geahnt hatte. Ich hatte mich in der Gewalt eines Weisheitskranten befunden, der aus der Anstalt von San Gerolamo, wo die männlichen Juren interniert sind, entwichen war.“

Die Wächter brachten ihn zurück. Man beglückwünschte mich. Und ich konnte mir auch gratulieren. Ich läge, wenn Tonio nicht die Fremdmächter hinter seinem Boot her alarmiert hätte, wahrscheinlich heute dort unten, wo Signor Manzi-ze — so hieß der Jure — den Kronschatz des Fürsten von Venedig vermutete.

„Was auf die weiße Haarfäule“, so schloß Derf Remu und verneigte sich leicht vor seinen Zuhörern. „Mit mir äußerlich keine Erinnerung an jenes Abenteuer zurückgelassen.“

Wahn-Europa 1934

Nachdruck verboten. Copyright 1931 by Fackelreiter-Verlag, G.m.b.H., Hamburg-Bergedorf

11 Eine Vision. Von HANNIS GOBSCH

Nebel zurückgebliebene Flieger konnte sich nur durch schleunige Flucht der Vernichtung entziehen.

Der Feuerüberfall stocke an wie die Pest. Die Albanier schossen wie Verdrähte. Von drüben antworteten Waldschützengewehre. Inzwischen bellerten die südwestlichen Geschütze wie zum Freudenstul. Und ebenso plötzlich, wie der Hüllenlärm begonnen, verdrähte er wieder.

Der zurückjagende Flieger alarmierte die Italiener in Durazzo, der Trakt meldete das angeblich feindliche Verhalten der Flieger nach Belgrad. Tragische Verfristung von Zufall, Willkür und Leidenschaft. Die Flieger hatten Befehle des Friedens überbringen sollen, sie gaben ohne Absicht das Signal zu zweifellosem Blutvergießen. Damit legte das Schicksal, das die Waage hielt zwischen den Gemalten des Todes und Lebens, ein weiteres Gewicht in die Waagschale, die ohnehin schon dem Verhängnis geneigte.

Um diese Zeit ist in Washington noch Nacht. Die Bekanntschaft des „Delios“ liegt in tiefem Schlaf. Erst spät nach Mitternacht ist sie ins Bett gekommen. Brandt hatte noch lange ernste Gespräche mit dem Vorkämpfer geführt, er hatte Einsicht genommen in das vorliegende Depeschenmaterial. Dazu hatte draußen vor der Volkshalle die Bevölkerung ihrer Begeisterung freien Lauf gelassen, Cheers-Rufe hatten Stundenlang die Nacht erfüllt.

Einmal war Brandt aus dem Schlaf aufgefahren. Er glaubte, aus großer Höhe zu stürzen. Er träumte, daß der „Delios“ von der Erde her abgeschossen wurde. Ganz deutlich fühlte er sich in die Tiefe fallen. Es war seltsamerweise um die gleiche Minute, als der italienische Flieger von südwestlichen Geschossen zerlegt wurde. Vor der Kampfsärm über Länder und Meere geprüngten und in Brandts schweren Traum eingefallen?

Nein, es war alles in Ordnung. Er schlief hier friedlich im gastlichen Bett der französischen Volkshalle. Weinake Heimatboden! — Aber er konnte lange nicht wieder einschlafen. Die Glieder waren bleisamer, das Gehirn arbeitete übermüdet. Belgrad-Rom-Paris! Immerzu sah er dieses Dreieck vor sich. Sinnlose Menschenvelt! In irgendeinem Gebirgswinkel schienen ein paar erhitze Kerle aufeinander los. Vierundzwanzig Stunden später bliesen drei große Nationen mit bösen Augen einander an! Nicht die Nationen! Nur ihre Regierungen! Wichtig, dies festzustellen! — Brandt lag mit offenen Augen, starrte auf den Stuck des Waldens, über den der Mond grüne Lichter warf. War auch nichts verflücht, vergessen worden? Die beiden diffizilsten Junfsprüche hatte er klar und gut abgefaßt: den einen an den französischen Gesandten in Belgrad, den anderen an Baron Saint Price nach Paris. Gleich nach Mitternacht waren sie gesandt worden. Der französische Gesandte in Belgrad hatte jetzt klare Weisung: Das Belgrader Kabinett solle vorbehaltlos her römischen Aufforderung nachkommen und Albanien freigegeben. Wenn nur der Gesandte richtig darauf hinweisen möchte, daß es nobler und würdiger sei, eine Sinnlosigkeit rechtzeitig abzubrechen, als zu spät mit dumphen Schädeln vor zugeschlagenen Türen zu stehen. Nicht wahr, auch im Privatstreit zwischen Mensch und Mensch überläßt doch der Größere, Verantwortungsbewusstere das Kampffeld dem Dickkopf und Karren? Das alles stand klar in der Depesche an den Gesandten... Und der andere Junfspruch, an Saint Price, bewegte sich in ähnlichen Gedankenengängen und endete: „Durch nichts provozieren lassen! Keine Thesen von Ehre und vitalstem Interesse Frankreichs! Frankreich hat nur ein Interesse: sich durch Krieg nicht selbst zu vernichten! Keine Ausweitung der nationalen Instinkte zulassen! Bresse an die Kondare nehmen! Keinesfalls Belgrad streichen und aufmuntern! Ja nicht Capponi übertrumpfen wollen!“

Brandt bearbeitete, während er schlaflos im Bett lag, geradezu mit seinen Willenskräften den alten, vornehmen Seigneur in Paris, der jetzt die Fäden in seiner Hand ordnen, aber auch heillos verwirren konnte. Brandt sah den spröden, energischen Greis vor sich, diesen klugen Taktiker, diesen unvergleichlichen Begaberer, der kein Chauvinist war, beileibe nicht, nur ein liebenswürdiger Tyrann, der gern die Oberhand behielt, ein verspäteter Ritter ohne Furcht, der lieber stehend im Kampfe fiel, als daß er sich mit halbem Sieg abfand...

Fortsetzung folgt.

Die Revolution in Chile

Links: Carlos Dabala, der führende chilenische Vorkämpfer in Washington, der den Umsturz leitete. Rechts: Das Parlamentsgebäude in Santiago, der Hauptstadt von Chile.

